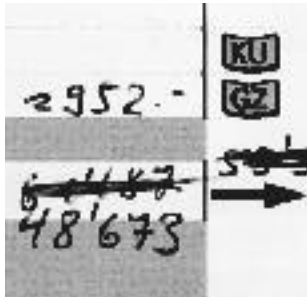




Inhaltsverzeichnis



3 Editorial
Aufruf zum Lesen!

4 Neues Steuergesetz
Die Steuerkannibalen

6 Kantonsrat
Alternative und SP gemeinsam

8 Bewaffnungsvorlage
Muss vor so viel Solidarität
pariert werden?

9 Integrationsnetz
Die Kräfte bündeln



10 Schule im Umbruch
Schulreformen noch
und noch :
Und wie gehts dem
Personal?

15 Elektromog
Wellencocktail

16 Siemens- Areal
US-Downtown oder
lebendige Stadt?

19 Regierungsrat
«Gemeinsam gegen Gewalt»

20 Waldschäden
Wird er dichter oder lichter?



24 Grossbaustelle Herti
Fotoseite

25 Serviceteil
Buch
Film
Frontal
Veranstaltungen
Impressum



Aufruf zum Lesen!

Verkehrshalbwertung schon vergessen, die Untervertretung der Frauen in den Bundesbehörden gegessen - herzlich willkommen zu einem neuerlichen Artikel-Auflauf für nimmermüde OptimistInnen mit Hang zum autoarmen Auslauf! Dieses Edito ist der A-Alliteration* gewidmet:

Den Angriff auf ein allzu finanzplatzfreundliches Steuergesetz unternimmt SGA-Kantonsrat Josef Lang - Sie werden sich wundern, auch Alt-Revolutionär L. Trotzki und das As aller Radrennfahrer E. Merckx zitiert zu finden! Und endlich können Sie Ihren neidischen Zürcher und Luzerner FreundInnen Schwarz auf Weiss beweisen, dass Sie als mittelgut verdienende MieterIn im Steuerparadies Zug das Nachsehen haben, falls der Kantonsrat im 2. Teil der 1. Lesung kein Einsehen hatte. Dann heisst, auf die Strasse und fürs Referendum sammeln!

Anriss zum Artikel von Alt-Kantonsrat und immer-noch-Lehrer Toni Kleimann von Neuredaktionsmitglied Geri Schmid: «Bildungspolitik gehörte bisher nicht zu den Schwerpunkten unseres Blattes. Das soll sich angesichts des beschleunigten Wandels im Bildungssektor ändern. Wir beginnen mit dem Beitrag eines erfahrenen Schulmannes, der sich aus seiner Optik mit dem Spannungsfeld Schule und Gesellschaft auseinandersetzt. Die sogenannten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Zuger Bildungsdirektion gebärden sich mit ihrem Chef vorab als Epigonen ausserkantonaler Entwicklungen.»

Et voilà Gérard!



Areale laden zum Klotzen ein; insbesondere wenn sie sich in Zug-West befinden und der Siemens gehören, zum grossen Ärger der SGA-Fraktion im Gemeinderat, wie Martin Stuber klar macht. Nachher sollte klar sein, dass Win-Win keine chinesische Nudelsuppe ist, sondern des städtischen Bauches liebster Ausruf angesichts der Entwicklungsmöglichkeiten auf dem L&G-Areal.

Altbacken erscheint manchen die Diskussion ums «Waldsterben» - retro, 80er Jahre, ääh. Viel schmissiger hats da «Lothar» hingekriegt - aus Waldsterben wurden Waldschäden. Und aus einem öffentlichen Problem eines der privaten Waldbesitzer. Kreisförster Albin Schmidhauser war schon bei Vivian dabei und klärt über falsche Mythen auf.

Auslandeinsätze, bewaffnete, der Schweizer Armee - ich verkneife mir hier eine Bemerkung darüber, wie schade es ist, dass die SVP sich nicht freiwillig in corpore beim Korps meldet - aus der Sicht eines ehemaligen IKRK-Delegierten: Stefan Gisler macht einige kritische Anmerkungen zu den Ambitionen einer armed swiss army abroad.

AusländerInnen, andere als die der Multis auf dem Platz Zug: werden bekanntlich nicht so zuvorkommend be-

handelt wie die ersteren. Vielleicht wirds dank dem neu gegründeten Integrationsnetz Zug möglich, dass auch der Albaner mit Problemen auf der Baustelle innert Tagesfrist einen Termin bei Volkswirtschaftsdirektor R. Bisig erhält. Gisela Hürlimann hofft und ich mit ihr.

Analphabet- und innen dürften beim Anblick unserer von Natalie Chiodi geschossenen Herti-Fotos aus der Serie: die lauschigsten (Bau-)Plätzchen in Zug, aufatmen. Sie sollen sich danach den Schulreform-Artikel vorlesen lassen!

Archaischen Themen wie Tod und Liebe ist der Film gewidmet, den Tomy Ulrich vorstellt. Wer das Kino nicht liebt, kann sich an Ula Schiessers Buch-Abatungen gütlich tun: was mensch alles nicht lesen muss. Damit eröfne sie mehr Zeit haben für die Lektüre des wunderbar ausufernden**

Bulletins!

**eigentlich hätte mir hier mäandern besser gefallen. Das nächste Mal steht der M-Stabreim* an.

Von Gisela Hürlimann ■

Die Steuerkannibalen

Auf jede Zuzügerin und auf jeden Zuzüger eine Kapitalgesellschaft! In der Eintretensdebatte zum Zuger Steuergesetz hat Josef Lang, Sprecher der Alternativen Fraktion, mit harten Zahlen und fundierten Argumenten gegen den vorliegenden Entwurf eines Steuergesetzes das Referendum angekündigt. Versehen mit Kürzungen drucken wir das stark beachtete Votum ab.

**Von Josef Lang, Kantonsrat SGA Zug
Bild Brigitte Weiss**

Wir Alternativen sind für Eintreten, weil wir die formelle Steuerharmonisierung befürworten. Wir lehnen allerdings die Gesetzesrevision in der vorliegenden Form ab, weil sie weder ausgewogen noch gerecht ist. Der Vorschlag der Kommission verletzt Grundsätze wie die Besteuerung gemäss wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und die Steuergerechtigkeit aufs Schwerste. Die ohnehin Privilegierten werden noch mehr privilegiert.

Viele Pfründen, wenige Arbeitsplätze

Das wahre Ziel, das hinter dem Revisions-Vorschlag steckt, lässt sich in einer Zahl ausdrücken: 25'000! So viele juristische Personen soll es dank dem Millenniumsgeschenk an die Kapitalgesellschaften in diesem Kanton noch vor dem Jahre 2010 geben. 1980 gab es knapp 9'000, 1990 gut 13'000, heute sind es etwa 18'000 juristische Personen. Das heisst auf fünfeinhalb natürliche Personen kommt eine juristische Person. Das ist ein völliges Missverhältnis, das immer extremer wird: Auf jeden Zuzüger und jede Zuzügerin kommt heute schon mindestens eine neue Firma. Ende 1998 kamen auf 17'312 juristische Personen 7'158 Arbeitsstätten. Die grosse Mehrheit der

juristischen Personen sind wohl gute Pfründen für Wirtschaftsanwälte und Treuhänder, haben aber mit Arbeitsplätzen wenig zu tun. Steuerlich bringen sie, wenn dieses Gesetz durchkommt, unverhältnismässig wenig.

Wenn die 25'000er Prognose des Steuerpräsidenten Reto Venzin nachträglich relativiert wird, hat das nicht sachliche, sondern politische Gründe. Da versucht man die radikalen Steuersenkungen als Verteidigungsstrategie zu verkaufen. Und da kommt einer und stellt sie als das dar, was sie sind: ein offensives Ausgreifen. Leo Trotzki hat mal gesagt, Revolutionen macht man, indem man Offensiven als Defensiven verkleidet. Bei Revisionen macht man's genau so!

Steuer-Kannibalen

Wenn in den folgenden Stunden getan wird, als ginge es um die Verteidigung der zugerischen Spitzenposition, dann wird falsch gespielt. Die wirklichen Fragen lauten: Soll der Vorsprung Zugs auf die grosse Mehrheit der anderen Kantone noch grösser werden? Oder soll das schweizerische Steuersystem nicht auch materiell etwas harmonischer werden? Dass Zug den Platz auf dem Steuerpodest, das es mit den beiden ehemaligen Sonderbundsgefährten Schwyz und Nidwalden teilt, verliert, dazu reichte wahrscheinlich nicht einmal eine Revolution.

In der Steuerkommission ist mir oft Eddy Merckx in den Sinn gekommen. Weil dieser nicht nur die Tour und den Giro, sondern auch noch möglichst viele Einzelstappen gewinnen wollte, hat man ihn einen Velo-Kannibalen genannt. In der Kommission herrschte ein eigentlicher Steuer-Kannibalismus. Die Mehrheit versuchte, nicht nur Gesamt-Erster zu bleiben, sondern auch in möglichst vielen Einzelparagrafen den Spitzenplatz zu verteidigen oder zu erobern.

Wie unausgewogen diese Vorlage ist, illustrieren unter anderen die folgenden

Zahlen: Von den ungefähr 10 Millionen Franken, die der Kanton an Steuereinnahmen verliert, gehen 9 Millionen aufs Konto der juristischen Personen. Dafür holt sich der Kanton mit der Abschaffung des Mietzinsabzugs zusätzliche 4, 5 Millionen Franken herein. Wie gewichtig der Hinweis ist, man käme vielen Mieterinnen und Mietern entgegen, indem man die Personalsteuer abschaffe, zeigt die entsprechende Einbusse bei den Steuereinnahmen: 750'000 Franken, genau ein Sechstel des Steuergewinns auf Kosten der Mieterinnen und Mieter!

Mieten steigen, Abzug fällt

Diese Ungerechtigkeit wiegt um so schwerer, als die 700 juristischen Personen, die jedes Jahr neu zu uns stossen, die Boden- und Mietpreise noch mehr nach oben drücken. Die Mehrheit der Zuger Mieterinnen und Mieter zahlt zwar einmal im Jahr bedeutend weniger Steuern, aber 12mal im Jahr bedeutend höhere Mieten als andernorts. Nimmt man den schweizerischen Durchschnitt als 100 an, beträgt die Mietzinsbelastung im Kanton Zug 128. Was der damalige Direktionspräsident der Zuger Kantonalbank, Jost Grob, im Dezember 1985 sagte, gilt noch heute: «Entgegen der landläufigen Meinung beschränkt sich der Wohlstand Zugs weitgehend auf die öffentlichen Haushalte, während die überdurchschnittlich hohen Lebenshaltungskosten die finanzielle Bewegungsfreiheit der Bevölkerung trotz günstigen Steuern nachhaltig beeinträchtigen.» Diese Aussage muss man insofern präzisieren, als die «finanzielle Bewegungsfreiheit» der Mehrheit und nicht der ganzen Bevölkerung beeinträchtigt ist. Die Wirtschaftsanwälte, Treuhänder, Steuerflüchtlinge und die anderen Reichen gewinnen bei den Steuern das Mehrfache dessen, was sie wegen dem teuren Wohnen verlieren.

Die von der Regierung in Auftrag ge-



Der Gang zur Zuger Steuerverwaltung fällt den finanzstarken Kunden immer leichter

gebene Studie Rentsch aus dem Jahre 1987 führte zu folgendem Schluss: «Ein durchschnittlicher Einkommensbezüger in Zug hat nach Abzug von Miete und Steuern weniger Einkommen zur freien Verfügung als in den Städten Zürich und Schaffhausen. Die tiefen Steuern vermögen die hohen Mietkosten nicht zu kompensieren.» Die Studie wies weiter darauf hin, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen tieferen Steuern einerseits und einer Zunahme der Pendlerströme, der Verkehrsprobleme, der Luft- und Lärmbelastung andererseits. Wenn gleich sich seither einiges verändert hat, haben die Grundaussagen dieser Studie ihre Gültigkeit bewahrt.

Wurmstichige Steuerparadiesäpfel

Hinzuzufügen ist, dass die radikale Steuersenkung bei den Kapitalgesellschaften ein anderes Problem verschärft: das der Wirtschaftskriminalität. Selbst wenn man davon ausginge, dass der Anteil wurmstichiger Äpfel unter den neuen Äpfeln nicht grösser ist als bei den alten, wird es zu einer massiven Zunahme von Skandalen, Untersuchungen und

Gerichtsfällen kommen. Allerdings zeigen alle Erfahrungen, dass unter den Steuerparadiesäpfeln die Wurmstichigkeit besonders grassiert. Während Zug mit seiner linken Hand (damit meine ich nicht nur die Linke, sondern auch die Polizei und die Justiz) die Wirtschaftskriminalität bekämpft, zieht es sie mit der rechten Hand, diesem Steuergesetz, wieder an. Die von reichen Steuerflüchtlingen und Wirtschaftsanwälten ertrotzte Abschaffung des öffentlichen Steuerregisters hat den - ich unterstelle: erwünschten - Nebeneffekt: den Medien und uns den Kampf für einen sauberen Finanz- und Handelsplatz zu erschweren.

Wenn wir die zwei finanziell happigsten Auswirkungen der Steuergesetzrevision miteinander in Beziehung setzen, ergibt sich folgendes Paradox: Den jetzigen Kapitalgesellschaften werden 9 Millionen Franken geschenkt, damit noch mehr Kapitalgesellschaften nach Zug kommen. Obwohl diese Steuersenkung zu einer Erhöhung der Mietzinsen führt, holt der Fiskus mit der Abschaffung des Mietzinsabzugs bei den Mietern neu 4,5 Millionen Franken herein. Die durch die Beinahe-Abschaffung der Kapitalsteuer

ohnehin stärker belasteten Mieter zahlen so die Hälfte dessen, was den Kapitalgesellschaften geschenkt wird.

Raub von fremdem Steuersubstrat

Diese Vorlage ist auch ungerecht gegenüber den anderen Kantonen und anderen Ländern. Ihr Ziel ist es, anderen Gemeinwesen Steuersubstrat zu entziehen. Der Stawiko-Bericht braucht dazu ein eleganteres Tätigkeitswort: «zusätzliches Steuersubstrat anziehen»! Das hierzulande praktizierte Steuerdumping ist weder freundeidgenössisch noch europatauglich. Ich möchte die Botschaft des NZZ-Editorials zum 1. August des Jubiläumsjahres 1998 in Erinnerung rufen, die zusammengefasst lautete: Der Steuergraben kann «für die nationale Kohäsion der Schweiz mindestens so gefährlich werden» wie der Röstigraben.

Als Alternative sind wir entschieden der Meinung, Unternehmen sollen dort steuern, wo sie Kosten verursachen und Infrastrukturen belasten, und nicht dort, wo sie am tiefsten sind. Am verhängnisvollsten wirken sich Steueroasen auf die armen und ärmsten Länder aus, weil die

Radikale Senkung der Kapitalsteuer

Seit 25 Jahren kämpfen wir, wie unlängst die Weltwoche ausführlich dokumentierte, gegen die Privilegierung der Kapitalgesellschaften, insbesondere der Holding-, Domizil- und weiteren ehrenwerten Gesellschaften. Und jetzt schlagen die Regierung und die bürgerliche Mehrheit eine Reduktion des Steuersatzes um bis zu 90 Prozent vor. Diese Beinahe-Abschaffung der Kapitalsteuer, die dem Kanton und den Gemeinden den Verlust der Hälfte der bisherigen bereits tiefen Einnahmen beschert, ist - wohl für beide Seiten - das 'pièce de résistance' dieser Steuerrevision. Der Kanton verliert 11,7 Millionen von den für 2000 budgetierten 24 Millionen. Die Gemeinden verlieren von den gut 20 Millionen noch einmal etwa 10 Millionen. Das heisst: Gegen 20'000 Kapitalgesellschaften zahlen gesamthaft für Kanton und Gemeinden etwas über 20 Millionen Franken Kapitalsteuer. Das ist viel zu wenig. Die radikale Senkung der Kapitalsteuer widerspricht völlig dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Der Einwand, die Kapitalgesellschaften würden dafür etwas mehr Ertragssteuern bezahlen, ist irrelevant. Das zeigt allein schon ein Zahlenvergleich. Den 11,7 Millionen Franken Verlust bei der Kapitalsteuer steht ein Zuwachs von lediglich 2,7 Millionen Franken bei der Ertragssteuer gegenüber. Wenn wir die Steuerbelastung der Aktiengesellschaften gesamtschweizerisch als 100 annehmen, liegen sie in Zug auf 58. Mit dieser Gesetzesänderung drohen wir noch tiefer zu sinken. Ist es der Sinn einer formellen Steuerharmonisierung, die materielle Disharmonie noch grösser zu machen?

Es ist weiter fraglich, ob diese Massnahme besonders wirtschaftsfreundlich ist. Die jährlich dazukommenden 700 juristischen Personen werden das Leben in Zug noch teurer machen. Höhere Miet- und Lebenskosten bedeuten auch höhere Lohnkosten. Das ist kein Problem für Briefkastenfirmen, aber für Betriebe mit vielen Arbeitsplätzen. Dazu kommt, dass der 'facteur humain' zu einem immer wichtigeren Standortfaktor wird. Die Briefkastenfirmenschwemme hebt gewiss nicht die Qualität des Lebensraums Zug - und schon gar nicht den Ruf.

		LV
		SV
		SV
		VO
		VO
48'436	51'625 62'227	
1092	2952.-	UV GZ
47'344	64'487 48'679	50'535 →
1626	1657	UZ
45'702	59'830 47'016	50'278 46'367

Steuerflucht zum Abbau von Sozial- und Bildungsausgaben führt. Die höllischen Lebensbedingungen dort haben auch zu tun mit den paradisischen Steuerzuständen hier.

Siegreiche Finanzplatzlobby

Das neue Steuergesetz kennt viele Verlierer und einen grossen Gewinner: die Finanzplatzlobby. Diese hat ihren Erfolg, den sie mit einer beispiellosen Kampagne zwischen der 1. und der 2. Lesung des Regierungsrates errang, auch entsprechend gefeiert. Ich zitiere aus dem Lobby-Organ «Zuger Steuerpraxis» vom August 1999: «In jeder Beziehung ist der

Regierungsrat auf die Forderungen der Vernehmlassung betreffend privilegierte Gesellschaften im Kanton Zug eingetreten. Der vorliegende Entwurf für das Zuger Steuergesetz 2001 kann sich durchaus sehen lassen.» (Ausgabe Nr. 11, August 1999)

Die Alternativen werden gemeinsam mit der SP versuchen, mit einer Reihe von Anträgen das Gesetz ausgewogener und gerechter zu machen. Wenn es keine wesentlichen Änderungen erfährt, werden wir es ablehnen und dagegen das Referendum ergreifen.

Noch eine Schlussbemerkung: Die bisherigen Erfahrungen in den fiskalischen Sonderbundskantonen zeigen, dass die

formelle Steuerharmonisierung die Schweiz materiell nicht harmonischer, sondern noch disharmonischer macht. Offensichtlich braucht es eine materielle Steuerharmonisierung - verbunden mit einem Bandbreitenmodell. ■

Alternative und SP gemeinsam

Das kantonsrätliche und kantonale Hauptthema des auslaufenden Jahres ist die Steuerfrage. Erfreulicherweise klappt die Zusammenarbeit unter den Linken sehr gut.

Von Josef Lang

Bereits in der Steuerkommission harmonisierte die Zusammenarbeit von Christoph Hohler (SP), Andreas Bossard (CSV) und Josef Lang (SGA) sehr gut, auch wenn wir uns nicht in allen Fragen einig waren. Der Minderheitsbericht wurde dann zur Grundlage der engen Zusammenarbeit der beiden Fraktionen. Aussergewöhnlich ist auch die gemeinsame Vorbereitung der parlamentarischen Steuerdebatte.

Durrers Nicht-Präsenz

Die Bürgerlichen verbinden handfeste Interessen. Abgesprochen waren sie kaum, was zu unnötigen Wiederholungen führte. Eine ganz schlechte Falle machte die SVP im Kantonsrat und erst recht in der Kommission, wo der miserabel informierte und vorbereitete Hans Durrer 6 von 9 Sitzungen verpasste. Untenstehend sollen die an der Sitzung vom 23. Februar gestellten Detailanträge der beiden nicht-bürgerlichen Fraktionen der Reihe nach kurz vorgestellt werden:

Gemeinsame Anträge fast alle abgelehnt

- Verzicht auf Steuererleichterungen für Unternehmen (Christoph Hohler, Josef Marty): 25: 48.
- Bedingungslose Wiedereinführung des Mietzinsabzugs (Christoph Hohler, Josef Lang): 17: 44
- Wiedereinführung des Mietzinsabzugs verbunden mit Einkommensbegrenzung (Christoph Hohler) wird mit 44: 17 angenommen. Die Streitfrage in der zweiten Lesung wird die Höhe sein. Da alle Mieterinnen und Mieter gegenüber den Haus-

eigentümern, denen man beim Eigenmietwert maximal entgegengekommen ist, benachteiligt sind, und da das Wachstum des Finanzplatzes die Mieten für alle erhöhen wird, lautet unsere unterste Grenze 90'000 Franken.

- Abzug für Freiwilligenarbeit: Der von Trudy Fux vorgebrachte Antrag wurde zu Gunsten Hanspeter Schlumpfs Vorschlag, die Sache an die Kommission zu überweisen, zurückgezogen; auch dieser wurde abgelehnt mit 30: 36.

- Erhöhung des Abzugs für Fremdbetreuungskosten von 3'000 auf 5'000 Franken (Diana Stadelmann): 19: 47.

- Erhöhung des Grenzbetrags für Abzüge der Fremdbetreuungskosten von 50'000 auf 70'000 (Anna Lustenberger) wird ebenfalls grossmehrheitlich abgelehnt.

- Der Einkommenssteuertarif soll für Einkommen über 130'000 Franken nicht von 10 auf 8 Prozent gesenkt, sondern auf den für Einkommen von 104'000 bis 130'000 Franken geltenden 10 Prozent belassen werden (Andreas Bossard): 16: 49.

- Der Tarif bei der Vermögenssteuer soll ab 750'000 Franken nicht bloss 2,5 Promille, sondern 3 Promille betragen (Jeannette Bruckbach): 16: 48.

- Der (fragwürdigerweise reduzierte) Satz von 4 Prozent für die ersten 100'000 Franken Ertrag der Kapitalgesellschaften soll nur den KMU zu gute kommen, für die er (mindestens dem Vorwand nach) eingeführt wurde (Josef Lang): 13: 49.

- Der (äusserst gemässigte) Antrag von Alternativen und SP auf Erhöhung der Kapitalsteuersätze wird nach Voten von Josef Lang und Christoph Hohler ebenfalls abgelehnt mit 15: 48.

- Beibehaltung der öffentlichen Steuerregister (Anne Ithen, Josef Lang): 21: 39.

Referendum wahrscheinlich

Welches Schicksal die ausstehenden Anträge beim zweiten Teil der 1. Lesung am 23. März erleiden, ist bei Redaktionsschluss noch unbekannt. Unter anderem

geht es um die Grundstückgewinnsteuer. Hier lehnen wir einen Systemwechsel zu Gunsten von Generalunternehmungen auf Kosten der Gemeinden ab. Im Juni findet die zweite Lesung statt. Wenn die Bürgerlichen ihre extremen Steuergeschenke für Kapitalgesellschaften und Reiche nicht mindestens teilweise zurücknehmen, ergreifen wir das Referendum. ■

Öffentlichkeit des Steuerregisters

Wir leben in einer verkehrten Welt: Intime Fragen werden zu öffentlichen und öffentliche zu intimen gemacht. Im Unterschied zum Sexualleben empfinden wir das Steuerzahlen als öffentliche Angelegenheit, mindestens in einer Republik. Schliesslich lebt die «res publica», auf Deutsch, die öffentliche Sache, davon. Wer ehrlich seine Steuern zahlt, hat nichts zu verbergen.

Früher wurden im Zugerland sogar Steuerbüchlein unter die Leute gebracht. Diese gaben nicht nur Auskunft über das steuerbare Vermögen und Einkommen, sondern auch über das Reinvermögen und Bruttoeinkommen und die Abzüge. Der Einfluss dieses Steuerbüchleins auf die Steuermoral soll erheblich gewesen sein.

Wir gehen nicht so weit, wie Zug damals gegangen ist. Wir verlangen bloss, dass es wie bisher möglich ist, das steuerbare Einkommen und Vermögen auf dem Steueramt einzusehen. Es gibt keinen sachlichen Grund, die Öffentlichkeit des Steuerregisters abzuschaffen. Es gibt aber ein erhebliches öffentliches Interesse, an der bisherigen republikanischen Praxis festzuhalten. Ein offensichtliches Interesse haben die Öffentlichkeit und die Medien. Ein Interesse haben auch der Kanton und die Gemeinden, weil die öffentliche Steuerregister der Steuermoral nur förderlich sind. Von der bisherigen liberalen Praxis abzuweichen, ist anachronistisch, weil das Öffentlichkeitsprinzip im Rahmen der Demokratisierung von Staat und Verwaltung immer wichtiger wird.

Muss vor so viel tät pariert werd

In der aktuellen Frühjahrssession wird die umstrittene Änderung des Militärgesetzes beraten. Isolationisten der Auns und der SVP wehren sich am lautesten gegen die bewaffneten Auslandseinsätze. Jetzt muss die Linke die Diskussion zur Bewaffungsvorlage intensivieren, damit das Referendum mit dem Geist einer weltoffenen, solidarischen, humanitären Schweiz besetzt werden kann.

Von Stefan Gisler, ehemaliger IKRK-Delegierter

Die Revision des Militärgesetzes ist keine humanitäre Solidaritätsbekundung zu Gunsten von Menschen in Not, sondern ein Instrument der schweizerischen Sicherheitspolitik. Mit der Bewaffungsvorlage macht der Bundesrat den ersten Schritt zur Umsetzung des sicherheitspolitischen Berichts 2000 «Sicherheit durch Kooperation». Der Nationalrat genehmigte am 14. März 2000 mit 86:49 Stimmen (30 Enthaltungen!) das Schweiz-zentrierte Sicherheitsdenken sowie die angestrebte Imageaufbesserung bei unseren westlichen Handelspartnern. Mit dem kontinuierlichen Bedeutungsverlust ihrer Hauptaufgabe, dem bewaffneten Schutz der Schweiz vor militärischen Angriffen, bangt die Schweizer Armee um ihre Existenz. Das VBS will sich nun zu einer langfristigen Legitimation verhelfen: weg vom Kerngeschäft, hin zu neuen medienwirksamen Betätigungsfeldern. Mit der Swisscoy beteiligt sich die Schweiz im Kosovo seit 1999 erstmals an einem PSO(*1)-Einsatz; noch nur zur Selbstverteidigung bewaffnet. Künftig solls eben mehr sein: bewaffnet und nicht mal auf Uno- oder OSZE-Mandate beschränkt.

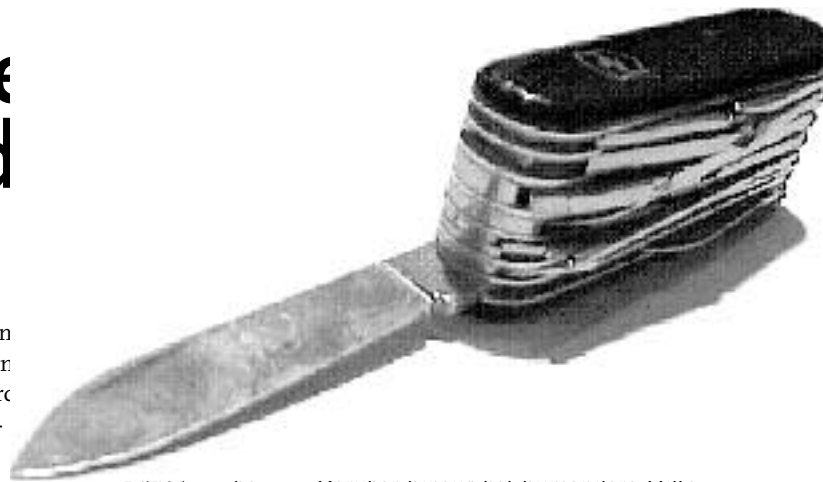
Die Grenzen zwischen peace enforcement (*2), Peace keeping (*3), PSO sowie

militärisch-hun und ziviler hurer Hilfe wer zusehends verwischt. Mit

147:25 beschloss der NR peace enforcement läge nicht drin. Immerhin - dies verschleierte aber die Tatsache, dass auf dem Feld dieser feine Neutralitäts-Unterschied nicht wahrgenommen wird. Beispiel Kosovo: Erst kamen die Nato-Bomben, dann das Uno-enforcement und jetzt das peace keeping. Würde mich nicht wundern, wenn die Swisscoy trotz Uno-Mandat zumindest bei den Serben als Appendix der Nato gilt. Wer bewaffnet irgendwas (und sei es Hilfe) durchsetzt ist Partei! Zudem stellen bewaffnete Truppen grundsätzlich ein legitimes militärisches Ziel dar: Eine Eskalation ist daher immanent.

Mehr als um die Schweiz sorge ich mich um die langfristigen Auswirkungen dieser internationalen «Militärpolitik» auf die weltweite Arbeit von zivilen Organisationen wie IKRK, UNHCR, WFP etc. Zivile humanitäre Hilfe und militärische Ordnungsfunktionen sollten strikt auseinander gehalten werden. Schweizer Armeeeinsätze im Ausland werden zu dieser Korruption von Hilfsaktionen beitragen.

Spätestens seit Kosovo warnen die NGOs, das IKRK, aber auch Mitglieder des EDA vor dieser ungünstigen Entwicklung. Als Delegierter habe ich an zahlreichen Seminaren bei Militärs, Behörden und Zivilbevölkerung für die Prinzipien des IKRK geworben. Es gelang nicht immer, dass das immer ohne militärischen Schutz arbeitende IKRK als neutral betrachtet wurde. Die Hypothek vorangegangener internationaler bewaffneter Einmischung wog schwer. Auswärtige Einmischung (mit oder ohne Waffe) wird schnell mit Kollaboration mit dem Feind gleichgesetzt. Haftet nun der humanitären Hilfe künftig der Makel der Parteilichkeit an, fürchte ich, dass ausserhalb des Einflussgebietes



Darüber hinaus hat humanitäre Hilfe durchs Militär, das zeigte Ex-Yugoslawien, ca. den 3-fachen Preis von ziviler Hilfe. Die Schweiz würde ihre Gelder nutzbringender in Konfliktprevention, Entwicklungshilfe und zivile humanitäre Hilfe investieren. Diese und andere, noch undiskutierte Gründe bewegen mich, das Referendum zur Bewaffungsvorlage nicht den Rechtskonservativen zu überlassen. Bekommt das Nein im Abstimmungskampf den «Nein-zu-Europa», «Nein-zu-Uno», «Nein-zu-Fremde-Händel»-Stempel aufgedrückt, zögen die Isolationisten Profit daraus, um auch in anderen Bereichen wie Entwicklungshilfe, Friedensförderung, etc. Nichteinmischung zu predigen.

Begrifflich zwar, dass Parlament und Bundesrat, entnervt durch die ihnen auferlegte Abstinenz in internationalen Körperschaften, auf irgend einem Wege mitmachen will. Doch politische Annäherung (EU, Uno) ist prioritär gegenüber militärischer. Die Schweiz soll sich international einmischen, Solidarität zeigen. Aber ohne Waffen.

Anmerkungen:

(*1) Peace Support Operation: unparteiliche Umsetzung eines Uno- oder OSZE-Mandats mit militärischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und humanitären Mitteln mit dem Ziel, gewaltsame Konflikte zu beenden und einen Wiederaufbau zu realisieren.

(*2) Friedenserzwingung

(*3) Friedenserhaltung ■



Die Kräfte bündeln

Im Januar haben wir es endlich gegründet: das Integrationsnetz Zug. Der geplante Dachverband für alle Zuger AusländerInnen-Organisationen wirbt auch SchweizerInnen an. Die erste GV findet am 20. Mai statt.

**Von Gisela Hürlimann, Mitglied provisorischer Vorstand Integrationsnetz
Bild Mahendiran Thangarajah WTCCES**

Das Engagement von SGA und Alternativen gegen Rassismus und für eine anständigere Asylpolitik im Kanton Zug kann sich sehen lassen. Doch mit Migrationsfragen haben sich auch die linken Zuger ParlamentarierInnen und Parteien - abgesehen von den Gewerkschaften - wenig befasst. Die sichtbarsten «AusländerInnen» sind uns die fremdländisch aussehenden - wir halten sie pauschal für Flüchtlinge und solidarisieren uns moralisch oder politisch mit ihnen gegen eine Ausschaffung. Wir betrachten diejenigen, die auf dem Bau oder in der Küche arbeiten für integriert, weil sie acht und mehr Stunden pro Tag «versorgt» sind. Wenn wir von AusländerInnen sprechen, meinen wir vor allem jene, die zur grossen Mehrheit einmal in Industrie und Bauwirtschaft geholt wurden oder selber hierher migriert/geflohen sind. Seit anfangs der 1990er Jahre klar wurde, dass die alte Integrationsstrategie über den Arbeitsmarkt in der Krise nicht mehr spielte, und dass aus manchen der vielen Flüchtlinge des letzten Jahrzehnts ständige AufenthaltlerInnen werden würden, hat man in vielen Kantonen und Gemeinden damit begonnen, eine Integrationspolitik zu entwerfen. Seit kurzem ist zudem auf Bundesebene der Integrationsartikel in Kraft, womit Bemühungen, NichtschweizerInnen auch anders als über den Arbeitsmarkt schlecht und recht zu integrieren, zum



Die erste schweizweite tamilische Veranstaltung zum Schulsystem fand am 12.3. in Zug statt! Die Organisatoren sind im Integrationsnetz dabei.

gesetzlichen Auftrag geworden sind, für dessen Erfüllung auch Geld zur Verfügung steht.

Solidarität unter AusländerInnen

Dieses Geld muss aber jemand abholen: ein Kollektiv mit Ideen für eine lokale Integrationspolitik, mit dem Willen zur Selbstorganisation der AusländerInnen und mit einem legitimen Vertretungsanspruch gegenüber Behörden und Verbänden. Mit dem Integrationsnetz Zug versuchen AusländerInnen, die ihre Vereine oder auch sich selber vertreten, zusammen mit SchweizerInnen aus Parteien, Verbänden und als Privatpersonen, ein solches Kollektiv auf die Beine zu stellen. Die Vorarbeitszeit reichte von einer Podiumsveranstaltung in den kantonalen Wahlen 1998 mit national bekannten Fachleuten für Migrationsfragen über einen Abend im Casino mit Vertretern von Ausländerparlamenten aus anderen Kantonen bis zur intensiven Statutenentwurfsarbeit im Herbst 1999. In diesen eineinhalb Jahren haben wir schon manche euphorischen Momente und Tiefschläge erlebt: vom guten Dutzend verschiedener Ethnien, die sich an unseren Sitzungen einfanden, haben sich einige der «älteren» Migrations-

gruppen - SpanierInnen und ItalienerInnen - zurückgezogen, während die «jüngsten» - TamilInnen - erfreulich zahlreich vertreten sind. Wir stellen uns die schwierige Aufgabe, all diesen verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Problemen etwas bieten zu können: Vernetzung, Information, Mithilfe bei organisatorischen Fragen, den Kontakt mit den Behörden. Der provisorische Vorstand stellt sein Jahresprogramm an der ersten GV Mitte Mai vor. Entscheidend wird sein, ob wir wirklich zur Lobby jener werden können, die über keine Stimmen in der institutionellen Politik verfügen. Wir streben insbesondere die Anerkennung als Interessensverband gegenüber der zukünftigen kantonalen Integrationskommission an.

Und wir sehen uns auch als eine selbstbewusste Antwort auf jene Bestrebungen, welche eine aktive Partizipation in Staat und Gesellschaft einzig am Schweizer Bürgerrecht festmachen wollen, von dem sie gewisse Ethnien durch «demokratische» Entscheide ausklammern. Wie heisst es doch in unseren Statuten: »..und bezweckt die faktische und rechtliche Gleichstellung mit den SchweizerInnen in allen Lebensbereichen. ■

Schulreformen noch und noch: Und wie gehts dem Personal?

Stillstand bedeutet Rückschritt. Dies gilt auch für das Wirkungsfeld Schule, besonders in einer rasant sich wandelnden Welt. Mit der gesteigerten Kadenz pädagogischer Neuerungen wächst jedoch die Gefahr des Scheiterns. Ein erfahrener Schulpraktiker zeigt auf, wo bei aller Innovationsbereitschaft der Schuh drückt.

Von Toni Kleimann, Oberstufenlehrer in Cham; Bilder Brigitte Weiss

In der Schule herrscht seit Jahren eine Umtriebigkeit und Reformitis sondergleichen. Kein Jahr vergeht, ohne dass entscheidende Massnahmen eingeleitet oder angekündigt werden, um die Lerninhalte der SchülerInnen anzureichern oder die Effizienz des Lernens zu steigern. Der neoliberale Wortschatz hält auch in der Schule Einzug: Qualitätsentwicklung und -sicherung, Leitbild-Kreationen, Teamwork, Feedbackkultur, Coaching, Output-Controlling, Globalbudgets, Publicity-Management etc. Man kann gar nicht anders als an zu nehmen, die Schule bewege sich im Eiltempo ihrer höchsten Vollendung entgegen. Vom Personal, das diese Höhen anzupeilen hat, werden wahre Wunder erwartet. Niemand scheint sich die Frage zu stellen, wie dieselben LehrerInnen all die neuen Aufgaben in den Arbeitszeitgefässen von anno dazumal zum Wohle unserer Jugend bewältigen können.

Wer gestaltet die Rahmenbedingungen für die Schule?

Was an der Schule gelehrt und gelernt werden soll und unter welchen Bedingungen dies zu geschehen hat, entscheiden die politischen Instanzen und muss auch von diesen verantwortet werden. In

unserem Kanton Zug ist dies einerseits der Erziehungsrat und die Direktion für Bildung und Kultur (DBK) mit ihren Beamten. Beide werden von Regierungsrat lic. iur. Walter Suter geleitet. Auf gesetzgeberischer Ebene ist der Kantonsrat zuständig. Insbesondere die Leitplanken für die Arbeitsbedingungen an der Schule werden von den 80 KantonsrätInnen gesetzt. Der Mehrheit all dieser Gremien ist gemeinsam, dass sie von der praktischen Schularbeit ein äusserst bescheidenes Wissen mitbringen. Dazu kommt, dass die Distanz der kantonalen PolitikerInnen zur heutigen Schulwirklichkeit in den allermeisten Fällen beträchtlich ist.

Was erwartet die Gesellschaft von den LehrerInnen?

Im Zentrum des Bildungsauftrags der Volksschule steht die «Vorbereitung auf das Leben», wie es so schön heisst. Dazu gehören die notwendigen Schlüsselqualifikationen für die Berufswelt und der Wille zu lebenslangem Lernen. Aber auch in ihrem Verhalten in der Gesellschaft (soziale Kompetenz) und in ihrer Verantwortung sich selbst gegenüber wollen und sollen SchülerInnen geführt und gefördert werden. Nach bald 30 Jahren als Oberstufenlehrer bemerke ich vor allem bei den zuletzt erwähnten Kompetenzen eine enorme Erwartungshaltung an die Schule und damit an die Lehrerschaft. In den vergangenen Jahren wurden der Schule hemmungslos neue Aufgaben zugewiesen. Was im gesellschaftlichen Umfeld an Erziehungsarbeit, Zuvendigung und Solidarität unterbleibt, wird bequem an den pädagogischen Dienstleistungsbetrieb delegiert: die Schule als Sammeltopf und Reparaturwerkstatt ungelöster gesellschaftlicher Probleme! Im gleichen Atemzug werden von der Wirtschaft und den Abnehmer-schulen fehlendes Rüstzeug und mangelhafte Grundfertigkeiten der VolksschulabgängerInnen beklagt. Sie kön-

nen und wissen immer weniger, heisst es da. Auf jeden Fall ist in den vergangenen Jahren der Auftragskatalog der LehrerInnen ausserordentlich angewachsen, und im Gleichschritt damit sind Unzufriedenheit und Kritik an der Schule manifest geworden.

Der Supermann und die Superfrau

Das Pflichtenheft für die Lehrerschaft ist enorm. Ist es aber auch erfüllbar? Der Lehrer soll fachlich kompetent und stets auf dem neuesten Stand sein, er soll vielfältige Unterrichtsmethoden kennen, anwenden und weiterentwickeln. Die Lehrerin ist eine begabte Beziehungspersönlichkeit, sie soll unterstützend, einfühlsam, abwechslungsreich und anregend unterrichten. Wir müssen den SchülerInnen wirksam helfen, ihr künftiges Leben zu meistern. Wir dürfen die Eltern bei der Erziehungsaufgabe unterstützen. Natürlich ist der Lehrer präventiv tätig betreffend Gewalt, Drogen, Aids, Umweltzerstörung, Zukunftsangst, Resignation usw. Wir holen jede Schülerin dort ab, wo sie steht, und realisieren einen binnendifferenzierten Unterricht, dass dem Schulinspektor Hören und Sehen vergeht. Daneben retten wir noch die Demokratie, indem wir die SchülerInnen zu mündigen StaatsbürgerInnen erziehen. Und, und, und... Wen erstaunts, dass sich bei den LehrerInnen Machtlosigkeit und Überforderung einstellen? Anlässlich einer Fachtagung zur Prävention an der Schule verlangte der Referent Willy Stadelmann (Leiter ZBS) Mitte November 1999, das Thema Überforderung müsse im Auge behalten werden. Nur – ich erkenne sie nicht, diese sehenden Augen. Wann beginnen die verantwortlichen Politiker auf kantonaler Ebene und insbesondere unser Bildungsdirektor endlich einmal, ihre Augen auf dieses Problem zu richten? Es ist an der Zeit, dass man sich auch aufhöherer Ebene seriös und ohne Scheuklappen um die

Befindlichkeit der Lehrerschaft Gedanken macht. Wer nur mit finanzpolitischen Überlegungen Bildungspolitik betreibt, wird die Qualität in der Schule nicht verbessern. Glücklicherweise ist das Problembewusstsein auf gemeindlicher Ebene um einiges höher. Die Nähe von Rektoren, Prorektoren, AbteilungsleiterInnen, Schulkommissionen und gemeindlichen SchulpräsidentInnen zur schulischen Realität vermag nicht selten die schlimmsten Auswirkungen abzufedern.

Was machen der Direktor für Bildung und Kultur und der Erziehungsrat?

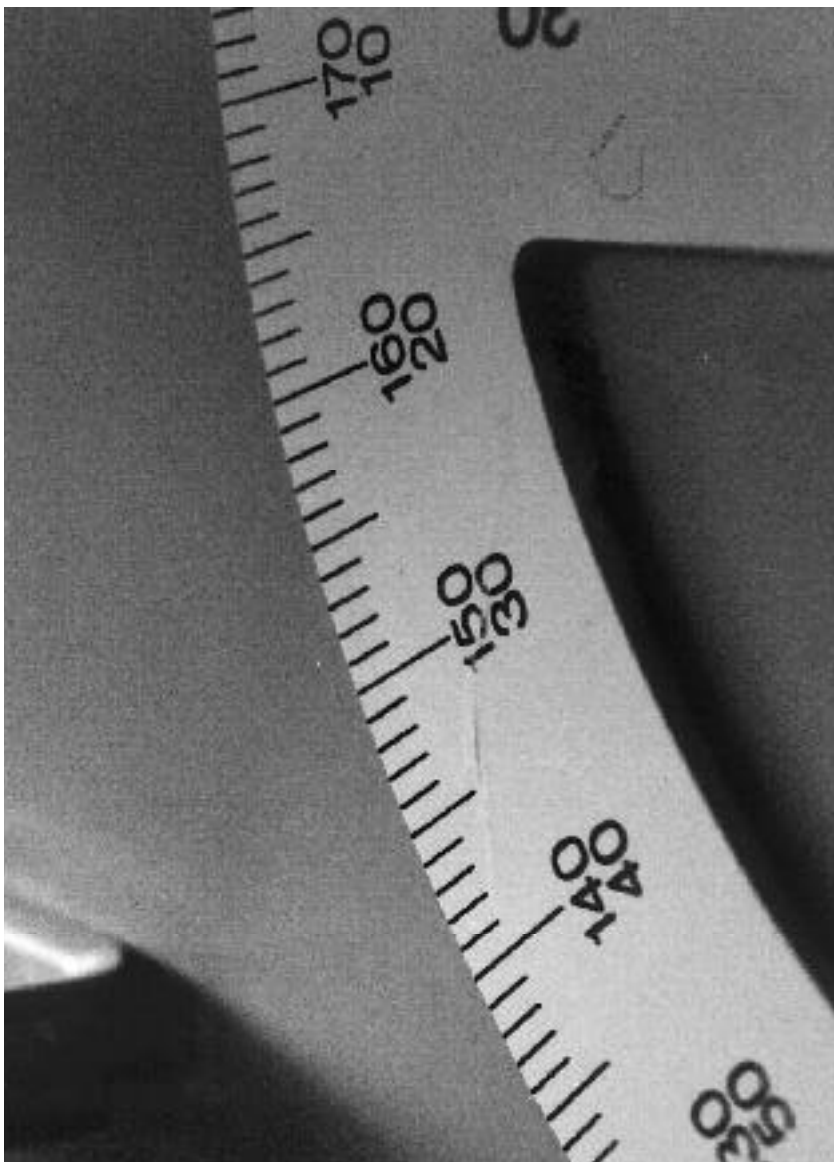
Sie kurbeln munter weiter an der Reformschraube und erhöhen damit den Druck auf die Lehrerschaft – und auf die SchülerInnen. Im Herbst 2000 soll die vom Kantonsrat beschlossene Oberstufenreform (das kooperative Modell) in der Praxis lanciert werden. Kernstück dieser Reform ist der Niveauunterricht für Sek- und Realschüler in den Fächern Mathematik und Französisch. Der negative Höhepunkt dieser Übung ist das Nichtvorhandensein eines erprobten niveau-kompatiblen Lehrmittels im Fach Mathematik im August 2000. Man behilft sich mit einem Provisorium, einer fragwürdigen Bastelei. Ich verlange vom Direktor für Bildung und seinen Beamten nicht, dass sie zu Lehrmittelautoren mutieren. Was ich aber von verantwortungsvollen Bildungspolitikern erwarte, ist die Oberstufenreform erst dann zu starten, wenn die nötigen Voraussetzungen gegeben sind. Dass so quasi nebenbei mit der obligatorischen Einführung des Englischunterrichtes ab dem 7. Schuljahr die Aufdatierung einer beträchtlichen Anzahl von Lehrpersonen zur Erteilung dieses Faches einhergeht, ist schon fast nicht mehr erwähnenswert. Festgehalten sei lediglich dies: Im besten Fall dauert diese Weiterbildung ein Jahr. Zu den allwöchentlichen Abendkursen



Wenn sich Schulprofis infolge Müdigkeit und Frustration von der Diskussion um die Schule der Zukunft verabschieden

kommen drei Ferienwochen an Weiterbildung. Von ganz anderem Kaliber ist die Einführung der erweiterten SchülerInnenbeurteilung auf der Sekundarstufe I ab dem Jahr 2003. Die Handhabung dieses Reformschrittes wird einen beträchtlichen zeitlichen Mehraufwand in der LehrerInnenarbeit zur Folge haben. In der Pipeline der Bildungsdirektion wartet des Weiteren das Projekt der Jahresbilanz als Standortbestimmung für alle SchülerInnen der Oberstufe mittels Prüfungen, Abschlussarbeiten und Wahlabschlussstests. Auch dieses Projekt wird nicht nur für die SchülerInnen zu ei-

ner weiteren «*pièce de résistance*». Ich erwähne in diesem Aufsatz bewusst nur die anstehenden und prognostizierten Reformschritte. Den Blick zurück in die nahe Vergangenheit könnte diesen ruhelosen Aktivismus noch mit weiteren Beispielen dokumentieren. Ich will die einzelnen Erneuerungen auf der Volksschuloberstufe auch nicht im Detail erörtern und werten. Jedes einzelne Reformprojekt mag Sinn machen und eine Qualitätsverbesserung anstreben, aber in seiner Gesamtheit und dem von der Politik vorgelegten Tempo bedeutet dies eine Überforderung grosser Teile der Lehrer-

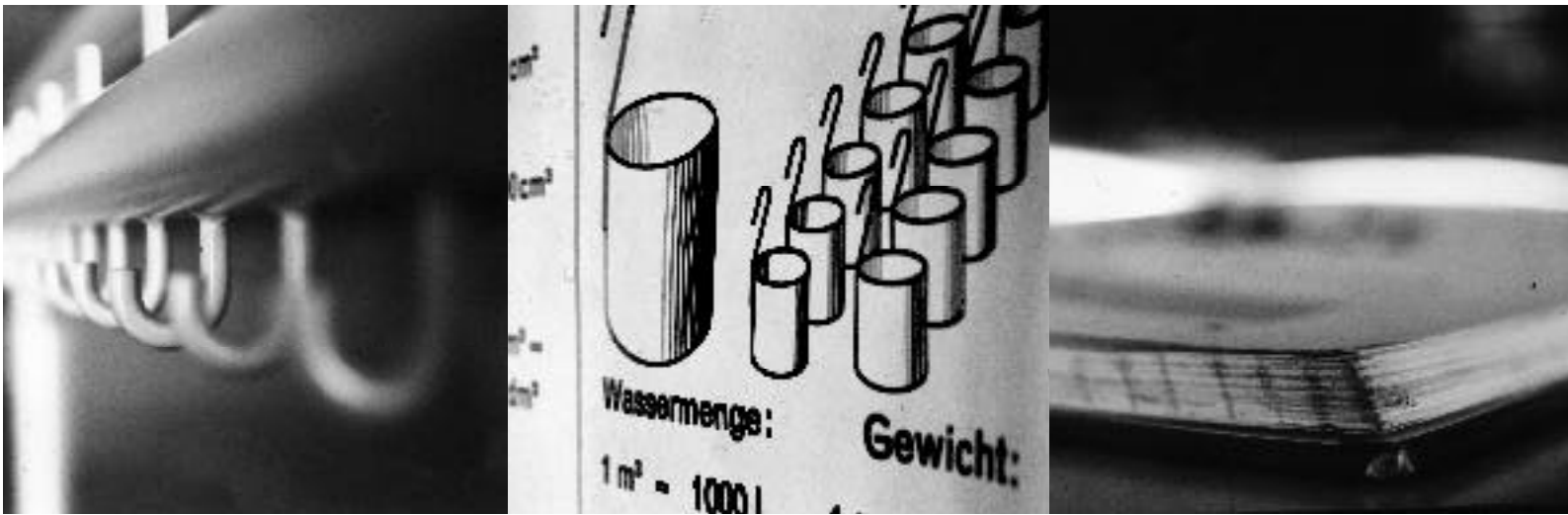


Die Köpfe unserer Schülerinnen und Schüler werden ausgemessen, vermessen, jegliche Leerstellen ausgelotet, um sie mit noch wirkungsvolleren Methoden randvoll anzureichern.

schaft. Reformen ohne Überprüfung der Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen sind nicht zu verantworten. Und wo die Rechnung ohne den Wirt (sprich: die LehrerInnen) gemacht wird, da wird die angestrebte Qualitätsentwicklung zum Rohrkrepiere. Man kann nicht über Jahrzehnte und Jahre hinweg die Belastungsgrenze der Oberstufenlehrerschaft in extremis ausreizen und gleichzeitig immer von Qualitätsverbesserung schwadronieren. Dem Direktor für Bildung und Kultur sei empfohlen, sich einer Gesamtschau zu stellen, sich einmal die wirkliche Situation z.B. einer Realschulklassse genauestens vor Augen zu führen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Durchschnittsalter der Oberstufenlehrkräfte heute recht hoch ist. Auch dies hat seine Konsequenzen. Es kann ja nicht Sinn machen, wenn nur noch LehrerInnen im Teilpensum ihre Aufgaben meistern können. Und woher wollen die DBK und insbesondere die Gemeinden in der nahen und ferneren Zukunft ausgebildete OberstufenlehrerInnen hernehmen, wenn sich bereits heute ein nicht zu unterschätzendes Nachwuchsproblem offenbart. Die Schule lässt sich nicht nur vom Bürotisch aus managen. Man muss wissen, was man wem unter welchen Bedingungen zumutet!

Und die SchülerInnen?

Die Politik betont zu jeder Zeit, dass sich alle Reformen, jegliche Stundentafeldiskussionen, didaktischen Variationen im Unterricht u.a.m. zum Wohle der SchülerInnen auszuwirken haben. Landschaften von Computern werden aufgefahen, für Vernetzung werden Millionen ausgegeben. Das Heil der Informationsbeschaffung wird im Internet geortet. Unsere SchülerInnen grübeln stundenlang über Designerfragen und Textgestaltungsaufgaben. Das Handling von Scannern raubt wertvolle Hausaufgabenzeit etc. Fremdsprachenkenntnisse



Was im gesellschaftlichen Umfeld an Erziehungsarbeit unterbleibt, wird bequem an den pädagogischen Dienstleistungsbetrieb delegiert.

werden früher und immer früher gefordert und gefördert. Frühfranzösisch, auch Frühenglisch gehören wahrscheinlich bald zum Primarschulalltag. Die globalisierte Wirtschaft verlangt auch hier ihren Tribut. Die Köpfe unserer Schülerinnen und Schüler werden ausgemessen, vermessen, jegliche Leerstellen ausgelotet, um sie mit noch wirkungsvolleren Methoden randvoll anzureichern. Effizienz, Verwertbarkeit des Wissens ist das Dogma des Wirtschaftens. Die Schule wird zu seinem willfährigen Diener und Erfüllungsgehilfen. Der Kopfmensch thront über allem. Da wird investiert, auch in der Schule. Herz und Hand werden als scheinbar unangenehme Relikte einer antiquierten Pädagogik zwar noch geduldet, aber nicht mehr speziell gefördert. Von der Hauswirtschaft darfs vielleicht bald ein bisschen weniger sein (siehe Kt. Zürich), eventuell genügen auch 2 Sportlektionen (national in Diskussion). Auf weitere Abbau szenarien im kreativ-handwerklichen Segment darf man gespannt sein, auch wenn zurzeit im Kanton Zug diesbezüglich die Dämme noch halten. Die SchülerInnen an der Sekundarstufe I bestreiten ein unglaubliches Wochenprogramm. SchülerInnenpenssen bis zu 40 Wochenlektionen (ohne Hausaufgaben) sind auf der Oberstufe keine Seltenheit. Die neue, vom Erziehungsrat verabschiedete Stundentafel geht mindestens von einem Pensum von

36 Wochenstunden aus. Selbst der Zuger Kantonsrat hat vor wenigen Jahren die Lektionenfülle an den Oberstufenklassen bemängelt. Mittlerweile sind auch diese kurzzeitigen Erleuchtungen von damals unter den Teppich des Vergessens geraten. Die Fitnesskur der Wirtschaft verlangt neue Prioritäten. Warnsignale aus der Lehrerschaft, das Fuder für die SchülerInnen nicht zu überladen, werden vom Erziehungsrat in den Wind geschlagen. Als Quintessenz gilt auch bei den SchülerInnen: Man muss wissen, was man ihnen unter welchen Bedingungen zumutet!

Wie reagiert die Lehrerschaft?

Viele Kolleginnen und Kollegen äussern Zweifel, Verdruss und Resignation als Resultat einer schleichenden Entwicklung und Ausdruck einer permanenten Überforderung. Überschaute man die LehrerInnenarbeitszeit im Kanton Zug seit den Sechzigerjahren, so hat sich betreffend Pensenumfang trotz gesteigerter Anforderungen wenig verändert. Ein Vergleich mit der Arbeitszeitentwicklung in der Privatwirtschaft in den vergangenen 40 Jahren fällt eindeutig zu Ungunsten der LehrerInnenarbeitszeit aus. Bei all meinen kritischen und pessimistischen Ausführungen beobachte ich immer noch ein hohes Engagement der Lehrerschaft gegenüber ihrer eigentli-

chen Arbeit, der Unterrichtsgestaltung und der Betreuung der SchülerInnen. Es findet eine Fokussierung auf diese wesentlichen Aufgaben statt. Ich muss aber leider zur Kenntnis nehmen, dass viele LehrerInnen für weitergehende, gerade bildungspolitische Aufgaben, kein Gehör und keine Kraft mehr aufbringen. Aussagen wie «an diese Veranstaltung der DBK gehe ich nicht, es ist sinnlos» oder «wir werden eh nicht ernst genommen, schau nur mal die Resultate der vielen Vernehmlassungen an» bis zu «ich mag den Baarer Schulentwickler schon gar nicht mehr hören», machen die Runde im LehrerInnenzimmer. Diese Abstinenz wirkt sich negativ auf die Qualität der Schule aus. Wenn sich Schulprofis infolge Müdigkeit und Frustration von der Diskussion um die «Schule der Zukunft» verabschieden, ist dies alarmierend. Und trotzdem - die verhängnisvolle Entwicklung der inneren Kündigung schreitet voran.

Selbstbewusstsein wider die Resignation

Was der Bildungsstandort Schweiz und damit alle Schulen brauchen, sind LehrerInnen, die mit viel Kraft und Überzeugung die Zukunft der Schule mitgestalten. Es braucht ein hohes Selbstbewusstsein aller Berufsleute im Schuldienst, um tragbaren und sinnvollen Lö-

Schule im Umbruch

sungen zum Wohl der kommenden Generationen zum Durchbruch zu verhelfen. Und es bräuchte endlich eine Lehrerschaft, die solidarisch die wesentlichen Linien der Bildungspolitik aller Schulstufen mitprägt. Es macht keinen Sinn, Analysen und Forderungen der jeweils anderen Schulstufe mit Skepsis und Argwohn anzuzweifeln. Bei jeder Gelegenheit das Haar in der Suppe zu suchen oder den individualistischen Egotrips zu frönen, lähmt jeglichen, auch gewerkschaftlichen Fortschritt. Wenn die LehrerInnen diese Einheit in der Aktion nicht zu Stande bringen, werden Politik und DBK weiterhin leichtes Spiel mit ihnen haben. Und um im Bewusstsein einer «quantité négligeable» der Pension entgegenzufiebern, dazu erachte ich diesen Beruf als zu wichtig. Fatal wäre es auch, innerlich emigrierend den sich abzeichnenden LehrerInnenmangel auf der Oberstufe abzuwarten. Falls die politisch Verantwortlichen auf kantonaler Ebene weiterhin mit mangelnder Praxisvertrautheit oder Weitsicht die Schule beackern, so liegt es an den LehrerInnen, Gegensteuer zu geben und durch den solidarischen Einsatz für markant verbesserte Rahmenbedingungen Werbung für den LehrerInnenberuf zu machen. Dabei sollte die Lehrerschaft ihren Berufsverband unterstützen und das Präsidium des LehrerInnenvereins des Kantons Zug (LVZ) zu einer offensiveren Gangart animieren. Für den LVZ muss das heissen: die Arbeitsgrundlagen an der Schule selbstbewusst und permanent zum öffentlichen Thema machen und Forderungen stellen. Der Zuger Bevölkerung kann die Befindlichkeit der Fachleute für das Lehren und Lernen nicht gleichgültig sein. ■



Landschaften von Computern werden aufgefahren, für Vernetzung werden Millionen ausgegeben.

Das Heil der Informationsbeschaffung wird im Internet geortet.



Wellencocktail

Könnte der vom Menschen erzeugte stets wachsende Wellencocktail in allen verschiedenen Frequenzen und Modulationen sichtbar gemacht werden, würde diesem Thema sicher mehr Beachtung geschenkt.

US-Downtown oder lebendige Stadt?

Innerhalb der nächsten anderthalb Jahre fallen im Kanton Zug vier Mega-Entscheidungen, die das Gesicht unseres Kantons in den nächsten Jahrzehnten massgebend prägen werden: das Steuergesetz (vgl. S. 4 ff.), der Gesamtverkehrsrichtplan, das Wahlsystem (Majorz oder Proporz) und die Nutzung des grössten zusammenhängenden Areals im weiteren Stadtzentrum von Zug, das SIEMENS-Areal. Im Folgenden zeigen wir auf, worum es beim SIEMENS-Areal geht.

von Martin Stuber, SGA-Gemeinderat Zug; Bilder Stadt Zug

Glaubt die geneigte Leserschaft dem stramm bürgerlichen Kommentator der Neuen Zuger Zeitung, ist die Sache schon gelaufen. Bodo Lamparsky schreibt: «Vermutlich hat die Stadtbevölkerung in ihrer Mehrheit [...] kaum eine Vorstellung von Ausmass und Erscheinungsbild des gleich neben dem Bahnhof gelegenen Industrieareals. Teilweise eingezäunt und nur beschränkt zugänglich ist das Firmenareal der Landis&Gyr im Bewusstsein der Zugerinnen und Zuger vielmehr als Sperrgebiet verankert. Das Interesse der Öffentlichkeit dürfte sich daher in Grenzen halten.» (Neue Zuger Zeitung vom 15. März 2000).

Vertrauen wir dem Stadtzuger Bauchef Toni Gügler, ist alles in Butter - er spricht von einer «Win-Win-Situation» und bezichtigt die WarnerInnen eines masslosen Misstrauens gegenüber den Grundeigentümern, die ja auch ein Interesse an einem attraktiven Standort hätten und von sich aus etwas Gutes realisieren würden.

Oder hat Volkswirtschaftsdirektor

Robert Bisig Recht, der von den 280 Standorten spricht, mit denen das SIEMENS-Areal konkurrieren müsse und deshalb dem Grundeigentümer eine grösstmögliche Flexibilität ermöglicht werden müsse?

Die Fakten

Betrachten wir die harten Fakten: Seit kurzem liegt der Entwicklungsplan (EP) zum SIEMENS*-Areal vor. In einem Vertrag verpflichten sich die Stadt Zug und der Kanton, alle entsprechenden Schritte einzuleiten, um die Entwicklung des Gebietes gemäss diesem Plan zu ermöglichen. Dies beinhaltet Umzonungen und Erschliessungen. Gegenüber der rechtsgültigen Einzonung bringt der EP im wesentlichen drei Änderungen: Ein Teil der I25 wird umgezont in eine WG 5, zur Freihaltung vorgesehene Gebiet wird neu eingezont in WG 5 oder I25 und für den Streifen nördlich der Gulbelstrasse wird ein Bebauungsplan vorgesehen (WG 5 = Wohn-Gewerbezone max. 5-stöckig mit 50% Wohnanteil / I25 = Industriezone mit Wohnverbot, max. 25m Gebäudehöhe und höchster Ausnutzungsziffer aller Zonen).

Dank der Interpellation unserer Fraktion wissen wir, was die konkreten Folgen dieses Entwicklungsplanes sind:

- die Nutzung des Areals wird leicht erhöht (anrechenbare Grundfläche steigt von 441'000 auf 457'000 m²)
- statt 11'000 sind noch 10'000 Arbeitsplätze vorgesehen
- die Wohnnutzung steigt von 1'300 auf 2'000 BewohnerInnen
- statt 3'000 sind 3'500 Parkplätze geplant
- es wird mit bis zu 8'000 zusätzlichen Autofahrten gerechnet.

De facto kann das Gebiet ziemlich weitgehend gemäss dem L&G-Masterplan von 1996 überbaut werden. Der Schreibende hat diesen von den Vertragsparteien als Kompromiss bezeich-

neten Entwicklungsplan im Grossen Gemeinderat vom 14. März folgendermassen charakterisiert:

«Die vom Stadtrat nun vorgelegten Zahlen machen klar, dass in Sachen Ausnutzung die Grundeigentümer L&G-Immobilien AG und SBB mit der neuen Zonierung ebenso gut fahren wie mit der alten. Die Summe der anrechenbaren Geschossfläche (aGF) ist sogar etwas höher!

Auch nutzungsmässig dürfte sich die L&G-Immobilien AG die Hände gerieben haben, bringt doch die Aussicht, der einst den schmalen SBB-Streifen zur Arrondierung des eigenen Geländes mit gesicherter Zonierung hinzukaufen zu können, eine Aufwertung des bestehenden Besitzes (Die SBB hat auf eine entsprechende Frage explizit gesagt, dass der Verkauf des Streifens durchaus eine valable Option sei, falls das Gebiet nicht mehr gebraucht würde).

Sogar das einzige wirkliche Zugeständnis der L&G, nämlich die Umzonung der mit einer etwas höheren Ausnutzung versehenen I25 in eine WG 5 erweist sich beim näheren Hinsehen weniger als Zugeständnis denn als geschickter Schachzug: er bringt angesichts des Wohnverbots in der I25 nämlich Flexibilität bzgl. Wohnungsbau. Im Kerngebiet hat die L&G die Baubewilligung für den Bürokomplex OPUS erhalten und kann dort das Land nun voll nutzen. Da im südlichen Bereich für die Realisierung des Projektes «Foyer» sowieso ein Bebauungsplan vorgesehen war, kann der Stadtrat auch hier kaum von einem Zugeständnis reden.

Auf dem Hintergrund dieser Kapitulation - bei der übrigens auch der Regierungsrat mit seiner Weigerung, eine Planungszone für dieses Gebiet ins Auge zu fassen, eine wichtige, vielleicht entscheidende Rolle gespielt hat! - wirkt auch das Hinauszögern der Beantwortung

SIEMENS-Areal



Diese Aufnahme vermittelt einen guten Eindruck von der Grösse des SIEMENS-Areals (weisse Linie). Als Vergleich empfehlen wir die Metalli, welche in ihrer Gesamtheit rechts unten sichtbar ist.

tung der SP-Interpellation besonders stossend - offensichtlich war sich der Stadtrat der Brisanz der Sache bewusst und wollte die Öffentlichkeit vor ein fait accompli stellen, ohne sich die Verhandlungen «stören» zu lassen.«

US-Downtown...

Um die Folgen des Entwicklungsplanes abzuschätzen, stellt sich folgende Ausgangsfrage:

Wollen wir auf diesem Areal eine maximale Verwertung des Bodens, der er-

schliessungsmässig nach Realisierung der neuen Nordzufahrt kommerziell eine absolut exzellente Lage aufweist, oder wollen wir ein lebendiges Stadtquartier?

Der Souverän hat mit der geltenden Zonierung 1994 Ja zu ersterem gesagt, der vorliegende Entwicklungsplan nimmt nur leichte Retuschen vor, die Schlussfolgerung liegt also auf der Hand. Kommerzstadt Zug statt lebendiges Zug, eine Altstadt, die ums Überleben kämpft und eine US-Downtown im Nordwesten, so läuft der Hase.

...statt lebendiges Quartier?

Machen wir uns nichts vor: ein Areal ohne Freizeit-, Kultur- und Begegnungseinrichtungen wird tatsächlich eine ziemlich tote, gesichtslose Bürowüste sein. Daran ändert dann auch das üblicherweise sterile Hotel einer amerikanischen Kette am Platanenplatz nichts mehr. Auf dieses Areal gehört z.B. ein grosses Multiplexkino mit Restauration und Platz für andere Kultur- und Freizeitaktivitäten, die vom Charakter her keine Konkurrenz zum Casino und den Institutionen in der Altstadt zu sein



Der (ungewöhnliche) Blick vom Norden offenbart ein Positivum des Entwicklungsplanes: in der noch weitgehend grünen Schleife nördlich der Feldstrasse werden bald Wohnungen gebaut werden.

brauchen, sondern im Gegenteil mehr Leute nach Zug gerade auch für Freizeitaktivitäten lockt, davon würde auch das historische Stadtzentrum profitieren.

Das Problem dürfte der Bodenpreis sein. 125 lässt eine so hohe Ausnützung zu, dass es eine derartige Nutzung wohl schwer haben dürfte gegen Bürobauten. Oder führt die hohe Ausnützung dazu, dass die SIEMENS bereit ist zu einer Mischrechnung? Wäre die SIEMENS allenfalls doch bereit, der Stadt Land für eine entsprechende Nutzung zu verkaufen? Eine Idee, die wir übrigens im Gemeinderat schon mehrmals vorbrachten. Dann müsste aber der Stadtrat unter Führung von Stapi Luchsinger endlich von seiner bewusst passiven Politik beim Landerwerb und den eigenen Aktivitäten bezüglich Liegenschaften abrücken. Das Geld dazu ist reichlich vorhanden.

Der Einwand in Sachen Multiplexkino, dass jetzt in Emmen eine entsprechende Anlage in Betrieb gegangen ist, sticht

nicht. Emmen dürfte es schwer haben, gegen den Standort Zug zu konkurrieren, wenn die erweiterte S-Bahn, die Stadtbahn und die Norderschliessung läuft. Zug ist mit seinem historischen Zentrum für "diversifiziertes" Freizeitverhalten wesentlich attraktiver als Emmen.

Wie auch immer, die Zeit drängt und diese Fragen müssen endlich in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert werden.

Verlorene Jahre

Die tiefgreifenden Umstrukturierungen der L&G, die schliesslich beim deutschen Riesenkonzern SIEMENS (vorläufig?) endete, und die langandauernde Immobilienkrise verhinderten bisher eine schnelle Kapitalisierung des wegen der Umstrukturierung wachsend brachliegenden Gebietes zwischen Gubelstrasse und Schleife. Die Situation hat sich nun

grundlegend geändert und ist von der Linken, die zwar als Einzige immer gegen diese unsägliche Zonierung gekämpft hat, nicht genutzt worden, um bessere Nutzungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Genau dies wird aber nötig sein, wenn wir bei den kommenden Abstimmungen über die Umzonungen eine Chance haben wollen. Mit dem nun bewilligten Projekt OPUS im Kern des Areals wird ein erster grosser Büroblock Realität. Dass die Downtown sichtbar wird, könnte uns helfen.

**Offiziell heisst der Entwicklungsplan «Areal Landis&Gyr und SBB-West», weil das Land der L&G-Immobilien AG und zu einem kleinen Teil der SBB gehört. Die L&G-Immobilien AG gehört aber der SIEMENS, weswegen korrekterweise vom SIEMENS-Areal gesprochen werden sollte. ■*

«Gemeinsam gegen Gewalt»

Die Angst, gewalttätig angegriffen oder in einen Streit verwickelt zu werden, beschäftigt eine zunehmende Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dass man dagegen etwas tun kann und dass man vor allem das Thema auch offen diskutieren soll, zeigte eine Veranstaltung unter dem Titel «Gemeinsam gegen Gewalt».

Von Hanspeter Uster, Regierungsrat

Immer wieder bekomme ich Briefe oder werde darauf angesprochen, dass Jugendliche sich nicht mehr ins Jugendzentrum getrauen, verschiedene Plätze in Zug meiden oder sich aus einer Landgemeinde nicht mehr ins Kino wagen, weil sie unterwegs angepöbelt werden. Solche Fälle nehme ich sehr ernst und ich habe, zusammen mit der Direktion für Bildung und Kultur und der Direktion des Innern sowie mit der Kantonspolizei, eine Veranstaltung organisiert, die unter dem Titel «Gemeinsam gegen Gewalt» die gemeinderätlichen Vorsteherinnen und Vorsteher der Schul-, Sozial- und Sicherheitsabteilungen, die Rektorinnen und Rektoren der öffentlichen und privaten Schulen sowie eine Vertretung der Justiz zu einer Fachtagung versammelte. An die 90 Personen nahmen an der Tagung teil, deren Ziel es war, die nationale Kampagne «Gemeinsam gegen Gewalt» vorzustellen, ein Überblick über die Lage im Kanton zu geben, das breit angelegte Modell der Stadt Zürich sowie das «Netzwerk Cham» zu präsentieren.

Zwei Modelle

Die Chefin der Kriminalpolizei der Stadtpolizei Zürich, Silvia Steiner, stellte das Zürcher Modell der «zero tolerance» vor, das sowohl in den Bereichen «Häus-

liche Gewalt» wie «Jugendgewalt» gute Ergebnisse erzielt hat. Dass auch bei einem solchen Modell der nicht-repressive Bereich ein gewichtiger Faktor ist, belegte sie auf eindruckliche Weise mit dem Projekt «midnight-Basketball», das Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bietet. Das «Netzwerk Cham» setzt auf den Dialog zwischen den verschiedenen Organisationen und Institutionen, auf eine klare Absprache der Zuständigkeitsbereiche und auf die Koordination von gemeinsamen Massnahmen; auf diese Weise kann sowohl konkreten Fällen von Gewalt unter und von Jugendlichen wie auch einer allgemeinen Tendenz in diese Richtung begegnet werden.

Politischer Wille...

Sowohl Walter Suter als Vorsteher der Direktion für Bildung und Kultur wie auch ich als Sicherheitsdirektor betonten an dieser Veranstaltung, dass die Bekämpfung der Jugendgewalt auch auf politischer Ebene hohe Priorität hat. Völlig falsch wäre es, über Gewalt zu schweigen; gerade das würde sie fördern und jene ermutigen, die sie anwenden. Die Polizei erfüllt zwar eine wichtige Aufgabe; das Problem der Jugendgewalt kann aber nicht einfach an die Polizei delegiert werden. Alle Anwesenden waren sich darüber einig und begrüsst eine enge Vernetzung der Verantwortlichen in Schule, im sozialen und im Sicherheitsbereich, insbesondere auch auf gemeindlicher Ebene, wo die Vernetzung am wirksamsten ist.

...und die politische Diskussion

Bei der Behandlung von zwei Interpellationen im Kantonsrat zum Thema Gewalt hielt ich klar fest, dass Jugendgewalt ernst genommen werden muss. Ich hielt aber auch deutlich fest, dass es kein multikulturelles Strafrecht gibt. Das bedeutet

zweierlei: Ausländerinnen und Ausländer können nicht geltend machen, Gewalt insbesondere in der Familie gehöre halt zu ihrer Kultur, und deshalb sei unser Strafrecht nicht auf sie anwendbar. Falsch wäre es aber auch, AusländerInnen generell härter anzufassen. Denn im Strafrecht gilt der Grundsatz, dass jeder Mensch nach seiner Schuld und nicht nach seinem Pass beurteilt wird. Jo Lang wies auf die wichtige Funktion eines Freizeitpädagogen im Schulhaus Guthirt hin, der im Sinne der Prävention sehr viel Positives bewirkt habe. Er wies zudem auf einen linken und einen rechten Fehler in der Gewaltdiskussion hin: Der linke Fehler ist das Verschweigen oder Bagatellisieren, der rechte Fehler ist das Dramatisieren und Ausgrenzen. Gerade das Beispiel USA zeigt aber, dass durch Ausmerzungen die Kriminalität nicht sinkt, sondern zunimmt.

Integrieren statt ausgrenzen

Genau auf diesen Punkt ist immer wieder hinzuweisen: Wer Ausgrenzung als Problemlösung propagiert, verschärft das Problem enorm. Und deshalb geht es letztlich um die Frage, wie wir in der Schweiz und im Kanton Zug mit den Menschen ohne Schweizer Pass umgehen. Auf jeden Fall sind die kollektive Nichteinbürgerung von Menschen aus Ex-Jugoslawien oder der Türkei ein falsches Zeichen: gegenüber den betroffenen Menschen, aber auch in den Köpfen der Einheimischen. ■

Wird er dichter oder lichter?

Albin Schmidhauser ist Kreisförster im Kanton Luzern. Wir haben ihn bereits vor fünf Jahren zum Thema Waldschäden befragt (Bulletin 2/95). Dieses Interview ist noch im vergangenen Jahr entstanden. Kurz darauf hat Sturm «Lothar» geschafft, was in den letzten Jahren nicht mehr so aktuell war: Die ganze Schweiz spricht wieder über den Wald, und man ist betroffen über das Ausmass der Schäden. Das Interview ist nach Lothar aktualisiert worden.

Von Natalie Chiodi

Bilder Stefan Gisler

Bulletin: Was hat der Sturm vom letzten Dezember bei dir persönlich und beruflich ausgelöst?

Albin: Wer sich mit Ökosystemen auseinandersetzt, ist sich bewusst, dass dauernd natürliche wie vom Menschen geschaffene Einflüsse auf diese einwirken. Beim Wald sind dies an natürlichen, abiotischen Einflüssen insbesondere Wind, Schnee, Frost und Hagel, in weiten Teilen der Schweiz zusätzlich Lawinen, Steinschläge, Rufen und Murgänge. Wenn jetzt von Waldschäden die Rede ist, widerspiegelt dies die Sicht des Menschen, im Kreislauf der Natur hingegen ist Lothar ein dynamisches Ereignis. Die geschädigten Flächen sind weiterhin Wald, die Narben werden verheilen, andernorts werden aus den gleichen oder anderen Gründen wieder neue Wunden entstehen.

Beim Orkan Lothar sind tiefere durchschnittliche Windgeschwindigkeiten gemessen worden als beim bisherigen Jahrhundertsturm Vivian von 1990. So haben mich denn bei Lothar - den ich draussen erlebte - die äusserst heftigen Böen überrascht. Ich bin gerne bei stürmi-

schem Wetter im Freien, aber Lothar hat bei mir ein beklemmendes körperliches Gefühl ausgelöst.

Die Menschen in den hochtechnisierten Nationen starrten auch am 26. Dezember 1999 gebannt auf den Millennium-Bug, wetteiferten, ob wohl am 1.1.2000 das automatische Tor zur Tiefgarage sich noch öffne, das Fernsehen noch sende oder der Toaster noch heiss werde. Und da brach urplötzlich Lothar mit Gewalt herein und hat vielen klar gemacht, dass Mensch und Gesellschaft auch in unseren Breitengraden in hohem Masse von der Natur abhängig sind.

Beruflich habe ich vermutlich eine auf den mir anvertrauten Forstkreis im luzernischen Seetal fokussierte Sicht. Dieser Forstkreis ist in etwa so gross wie der Kanton Zug bei vergleichbarer Waldfläche. Die Waldschäden gemessen in geschädigten Hektaren Wald oder geschätzter Schadholzmenge sind aber rund doppelt so hoch. Während im Kanton Zug das öffentliche Waldeigentum vorherrscht mit eigenen professionell ausgestatteten Forstbetrieben, sind im Seetal forstbetriebliche Strukturen nur in Ansätzen vorhanden. Die 5000 Privatwaldeigentümer im Forstkreis bzw. 12000 im Kanton Luzern standen mehrheitlich vor schier unlösbaren Problemen. Der kantonale Forstdienst hat zusammen mit den Gemeinden Lothar-Kommissionen - quasi Forstbetriebe - gebildet mit dem Ziel, die Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren. Bezweckt wird damit in erster Linie die Gewährleistung der Arbeitssicherheit, auf das Sturmholz ausgerichtete Weiterbildung von Personen mit Holzhauereierfahrung, die Informationsvermittlung, die Organisation gemeinsamer Holzschläge bis hin zur Vergabe an spezialisierte Forstunternehmungen, sowie die Unterstützung bei der Holzvermarktung.

Tief beeindruckt bin ich von der oft starken emotionalen Bindung der Privatwaldeigentümer an ihren Wald. Bei vie-

len von ihnen verbinden sich mit dem geschädigten Waldbestand Kindheitserinnerungen. Bäume, die sie zusammen mit den Eltern oder Grosseltern gepflanzt hatten, liegen nun vom Wind umgeworfen oder gebrochen da. Der seelisch empfundene Verlust wiegt oft schwerer als der materielle.

Meine zentrale Aufgabe ist, zusammen mit Fachleuten des Wasserbaus und anderen festzustellen, in welchen geschädigten Wäldern Gefahrenpotenziale für Menschen und Sachwerte entstanden sind. Diese Wälder müssen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit auf Anordnung des Forstdienstes geräumt werden, d.h. das Gefahrenpotenzial muss entschärft und beseitigt werden. Damit hat sich für mich als Berufsmann eine neue Blickrichtung aufgetan. Die Vorstellung, dass Wald vor den Auswirkungen von Naturgefahren schützt, musste ich um die radikale Umkehrvariante ergänzen: vom Wald können Gefahren ausgehen.

Hochinteressant und politisch bedeutsam sind Diskussionen und Auseinandersetzungen sowie die Arbeit an Lösungsansätzen zu den beiden Fragenkomplexen, wie weit sich die Öffentlichkeit bei der Schadensbewältigung engagieren soll und darf und wie sich das private Waldeigentum in Zukunft organisieren könnte, um vergleichbare Situationen zu meistern.

Bulletin: Hat die Waldsterbensdebatte der Achtzigerjahre dem noch nicht gestorbenen Wald mehr geschadet oder genützt?

Albin: Vorerst zum Begriff „Waldsterben«. Waldschäden, die klar einer Emissionsquelle zugeordnet werden konnten, waren seit langem bekannt. Man erinnere sich an die Fluorschäden im Wallis oder an Waldbilder aus den ehemaligen Braunkohlebezirken osteuropäischer Staaten. Technische Massnahmen bei den Emittenten haben in der

Waldschäden



Sturm Lothar stellt den Millenniums-Bug in den Schatten

Regel rasche und wirksame Erfolge gezeitigt, und die geschädigten Ökosysteme haben sich erholt oder konnten wiederhergestellt werden, beispielsweise über Neuanpflanzungen.

1983 ist die Öffentlichkeit über neuartige, bisher unbekannte Erkrankungen von Bäumen und Wäldern informiert worden. Unter dem Eindruck dieser Schädigungen ist der Begriff «Waldsterben» entstanden. «Sterben» meint ein abruptes, unwiderrufliches Ereignis, allenfalls ein kurzer Sterbeprozess, der mit dem Tod endet. Dass es sich beim Waldsterben nicht um einen dramatischen, raschen Sterbeprozess handelt, ist bald klar geworden. Die Forschung hat

schnell reagiert und die noch nicht erklärbaren neuen Phänomene als „neuartige Waldschäden« bezeichnet.

In der Sache hat sich bis heute nichts geändert. Die Überprüfung des Gesundheitszustandes des Schweizer Waldes (wie auch der Wälder in Europa) ergibt ein ungefähr gleichbleibendes Bild: Rund ein Fünftel der Bäume hat Kronenverlichtungen von über 25 Prozent. Der Mitte der 1980er Jahre geforderte Nachweis eines Kausalzusammenhangs zwischen Luftverschmutzung und Waldschäden konnte nicht erbracht werden. Dies mag auch ein Hinweis sein, dass einfache Wirkungsketten in komplexen und offenen Ökosystemen nicht zu er-

warten sind. Die Fachwelt ist sich aber einig, dass die Schadstoffe in der Luft ein Langzeitrisiko für den Wald - und nicht nur für diesen - darstellen. Forschungsarbeiten, welche die physikalischen und chemischen Austauschprozesse zwischen Boden und Waldpflanzen und insbesondere auch die Schadstoffdepositionen im Oberboden untersuchen, lassen erahnen, dass dieses Langzeitrisiko ganz erheblich sein kann.

Nun aber zurück zur Frage: Es ist interessant, hier ein Fazit zu ziehen. An bundesstaatlichen Massnahmen sind zwischen 1984 und 1986 erlassen worden:

- ausschliesslicher Verkauf von unverbleitem Benzin
- Temporeduktionen auf Autobahnen und Hauptverkehrsstrassen ausserorts
- Ergänzung des Treibstoffzollgesetzes für Beiträge an strassenverkehrsbedingte Umweltschutz- und Landschaftsschutzmassnahmen
- Ratifizierung des Protokolls zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung betreffend die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 Prozent
- Förderung des öffentlichen Verkehrs durch die verbilligte Abgabe von Halbtaxabonnements

Diese Massnahmen haben mehrheitlich direkte positive Auswirkungen auf natürliche Ökosysteme. Bei der Belastung durch Stickoxide und Schwefel konnte in der Schweiz eine markante Trendumkehr erzielt werden. Diese Massnahmen des technischen Umweltschutzes haben den Wäldern genützt, und sie werden ihnen zweifelsohne künftig gut tun. Das billigere Halbtaxabonnement dürfte aus Sicht der Waldpolitik mehr die Mobilität denn den Gesundheitszustand der Wälder gefördert haben.

Auf der anderen Seite hatten und ha-



Die Fachwelt ist sich einig, dass die Schadstoffe in der Luft ein Langzeitrisko darstellen.

ben die Diskussionen auch negative Auswirkungen, allerdings nicht auf den Wald, sondern auf die Waldwirtschaft und die Forstdienste von Bund und Kantonen. Personen, welche die Branche oder die Fachverwaltungen vertreten, kämpfen bisweilen mit Imageverlusten oder sie rennen gegen Argumentationen an, welche sich auf den unseligen Waldsterbe-Begriff beziehen. Die vor 15 Jahren diskutierten «worst-case»-Szenarien mit flächenhaften Zusammenbrüchen, scheinen sich in vielen Köpfen nachhal-

tig eingemischt zu haben.

Bulletin: Was ist seit unserem letzten Interview in der Waldforschung geschehen?

Albin: Damals beklagte ich mich, die Erforschung des Waldbodens nehme eine zu kleine Rolle ein und die okularen Beobachtungen im Kronenbereich würden zu stark gewichtet. Das hat sich nun geändert, d.h. die immissionsbedingten Veränderungen des Bodens sind in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses

gerückt. Ich habe oben kurz auf diese Forschungsbemühungen hingewiesen. Man darf hier aber nicht rasche Ergebnisse erwarten, da hier die spezifische Methodenentwicklung erst am Anfang steht. Man kann sich ja bildhaft vorstellen, dass die Erforschung von Vorgängen unter der Bodenoberfläche schwieriger sein muss als über dem Boden.

Ich bin überzeugt, dass sich die methodischen Instrumente des Modellierens - welche auch in den Forstwissenschaften seit langem verwendet werden - noch gewaltig verbessern und aussagekräftigere Resultate liefern werden. Damit können einerseits mögliche langfristige Entwicklungen natürlicher Ökosysteme unter verschiedenen Einflussbedingungen präziser prognostiziert werden, andererseits können darauf basierend die Wirkungen heutiger Massnahmen genauer beschrieben werden.

Bulletin: Man nennt es zwar nicht Waldsterben, aber durch den Sturm oder die Lawinen gingen Bäume reihenweise zu Boden. Besteht kein Anlass zur Sorge, dass der Wald allmählich weniger wird?

Albin: Die Antwort ist ganz klar Nein. Ich möchte in der Geschichte zurückblenden, um die Entwicklung der Waldfläche zu beleuchten. Katastrophale Überschwemmungen hatten in den Jahren 1834, 1839 und 1868 den schweizerischen Alpenraum heimgesucht. Die im Anschluss an die Wasserschäden durchgeführten Untersuchungen wiesen auf den Zusammenhang zwischen Waldzerstörungen und Veränderungen im Wasserabfluss hin. Erhebungen über den Zustand der Waldungen ergaben eine Waldfläche von rund 408'000 ha im Alpenraum resp. von einer landesweiten Waldfläche von 768'000 ha, was 18.8% der Landesfläche entsprach. Gestützt auf Art. 24 der Bundesverfassung von 1874 und das erste Forstpolizeigesetz von 1876 wurde ein primär auf den Alpenraum beschränktes Aufforstungs-

programm initiiert und umgesetzt. Bis 1912 stieg in der Folge die Waldfläche auf 939'000 ha an.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts sind etwa 45'000 ha Wald aufgeforstet worden. Demgegenüber sind in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts etwa 13'300 ha zur Rodung bewilligt worden, wovon 11'000 ha zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Anbaufläche während der beiden Weltkriege. Bis 1997 wuchs die Gesamtwaldfläche auf 1'212'570 ha an. Diese markante Waldflächenzunahme von durchschnittlich 4'500 ha/Jahr (ca. 1/6 der Fläche des Kantons Zug) seit den 1960er Jahren, erklärt sich vor allem aus dem Einwuchs in ehemaligen alpwirtschaftlichen Nutzgebieten. Einwachsene Flächen werden, erfüllen sie bestimmte Minimalkriterien, zu Wald und sie unterstehen der Waldgesetzgebung.

Bulletin: Mensch und Wald will sich ausdehnen, da entsteht ein Konflikt?

Albin: Die Ausdehnung des Waldareals führte insbesondere gegenüber Bauzonen zu Rechtsunsicherheit und Konflikten. Daher hat der Gesetzgeber im Bundesgesetz über den Wald von 1991 den dynamischen Waldbegriff gegenüber Bauzonen durch den statischen abgelöst. Das heisst, dass die Waldgrenze entlang von Bauzonen parzellenscharf festgestellt werden muss. Ein nachträglicher Einwuchs in Bauzonen führt nicht mehr zu Wald im rechtlichen Sinne. Damit ist nach meiner Einschätzung eine entscheidende Wende in der nationalen Waldpolitik vollzogen worden. Der absolute Schutz des Waldareals ist nach fast 100 Jahren Gültigkeit in Teilen fallengelassen worden.

Ein wachsender Wald kann auch andernorts problematisch werden. Alpen und Voralpen leben zu einem erheblichen Teil vom Tourismus. Hauptressource ist die abwechslungsreiche Landschaft. Einwüchse im oben erwähnten Ausmass können auf der lokalen und re-

gionalen Skala zu einer Banalisierung von Landschaften führen. Wo sich heute offene und bewaldete Flächen, Weitsicht einerseits und Geborgenheit im Wald andererseits abwechseln, kann morgen eine für Auge und Empfindung eintönige Wald-Landschaft treten. Ich bin überzeugt, darüber wird schon in wenigen Jahren die politische Diskussion eröffnet und sie dürfte zu einer weiteren Begrenzung des rechtlichen Waldbegriffs führen. Fazit: Wald wird nicht weniger, die Waldflächenzunahme dürfte aber weiter begrenzt oder gar gestoppt werden.

Ich glaube, feststellen zu können, dass immer mehr Menschen den Wald bloss als Kulisse wahrnehmen. Die meisten bewegen sich an den Waldrändern und dringen nicht allzu tief in den Wald hinein (was für den Wald und vor allem die darin lebenden Wildtiere sicher besser ist). Vielleicht braucht der Mensch zur Erholung eher den Blick über die offene Landschaft als in den geschlossenen Wald.

Dass andererseits der Mensch im Wald verweilt, erscheint mir für den Menschen sehr wichtig. Der Wald ist oft einer der letzten Orte, wo man ungestört von zivilisatorischen Einflüssen seinen eigenen Gedanken nachgehen kann, oder, wie man so schön sagt: wieder auftanken kann. Wälder werden als letzte grossflächig vorhandenen terrestrischen Ökosysteme in der mitteleuropäischen Kulturlandschaft angesehen, in denen ökosystemare, populationsdynamische und entwicklungsgeschichtliche Abläufe noch vergleichsweise ungestört möglich wären. Also ist es notwendig, die Menschen für den Wald zu sensibilisieren und für Waldbesuche zu motivieren, soll der Wald im speziellen und die Natur im allgemeinen verstanden werden. ■

Das Bergwaldprojekt

Das Bergwaldprojekt (BWP) wurde 1987 von Greenpeace als Reaktion auf den kritischen Gesundheitszustand des Waldes ins Leben gerufen. Seit 1990 ist es eine selbständige Stiftung und führt Arbeitseinsätze mit Freiwilligen in Bergwäldern durch. Seit der Gründung haben über fünftausend Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz an einem Einsatz teilgenommen. Dabei lernen die TeilnehmerInnen in der praktischen Waldarbeit den Lebensraum Bergwald aus der Nähe kennen und leisten mit ihrer Arbeit einen eigenen aktiven Beitrag zu dessen Erhaltung. Mit Einsätzen von März bis Oktober setzt sich das BWP für die Erhaltung dieses bedrohten Ökosystems ein. Die Teilnahme ist allen interessierten Frauen und Männern ab 18 Jahren möglich. Es werden keine forstlichen Kenntnisse oder Erfahrungen vorausgesetzt. Das BWP sorgt für Unterkunft, Verpflegung und Unfallversicherung. Kontaktadresse: Bergwaldprojekt, Rigistr. 14, 7000 Chur, 081 252 41 45 www.bergwaldprojekt.ch

Achtung: Die ersten Einsätze finden dieses Jahr auf der Rigi statt, nämlich vom 16. April bis 6. Mai.



Stadtwandern in Zug West: wo Gruben gähnen und Kräne drehen



Buch



Der Stapel neben meinem Bett

Ula Schiesser

Der Bücherstapel neben meinem Bett schrumpft beängstigend. Einen (ungelesenen) Teil hat meine Freundin Charlotte sich unter den Nagel gerissen, bevor sie sich für ganze sechs Wochen in eine Berghütte zurückzog. Ihrem Mann und ihren Kindern hat sie klargemacht, dass mit vierzig Jahren jede Frau das Recht habe, ihre längst angefangene Dissertation zu einem Ende zu bringen - ihrer Chefin wohl auch. Nur mir kann sie nix vormachen, scheinheiliges Weibsbild. Mit einer Einkaufsstüte prall gefüllt mit Büchern ist sie aus meiner Wohnung marschiert. Meine schüchternen Einwände liess sie nicht gelten; schliesslich habe sie nur alle zehn Jahre mal einen richtigen Urlaub, ganz ohne Familie. Soviel zu ihrem Demokratieverständnis.

Glücklicherweise hat sie sich vor allem die Krimis geschnappt. Die haben mich in letzter Zeit sowieso gelangweilt. Jahrelang war ich auf der Jagd nach guten Kriminalromanen. In meiner Jugend fing es an. Jan der Meisterdetektiv war meine erste Liebe. Dann kam Jerry Cotton aus Papas Bücherregal. So richtig ans Herz ging es aber erst mit Glauser, später mit den schwedischen Kriminalromanen von Mai Sjöwall und Per Wahlöö. Die werde ich in Zukunft noch einmal lesen, sie sind es wert. Dann kamen die Frauen. Barbara Vine, Joan Aiken, Sarah Paretsky und Marcia Muller u.s.w.

Ich habe in der Badewanne

gelesen, im Bus, im Bett, auf dem Klo und sogar in der Migros an der Kasse. Die politisch korrekten Feministinnen bei Cornwell genauso wie den ewig aufrechten Brunetti mit der aufregend intelligenten Frau und den pubertierenden Kindern.

Anders sind die Romane des



Schweden Henning Mankell. Sie sind nachdenklich, melancholisch und sehr nordisch. Die Hauptfigur - Wallander - ist ein einsamer, intelligenter, politisch denkender Mensch mit Fehl und Tadel, der die moderne Gesellschaft beobachtet und kommentiert. Nur komm ich nie so recht dahinter, warum der brutale Täter gemordet hat. Entweder sind die Romane kriminalistisch nicht ganz schlüssig, oder aber ich habe sie nicht aufmerksam genug gelesen.

Zum Glück hat Charlottchen nicht nur Bücher abgeschleppt, sondern mir zum Geburtstag auch eines geschenkt. Nicht ganz uneigennützig vielleicht, aber trotzdem toll. Ein enormer Bildband über die italienische Küche. Warenkunde, Rezepte und Fotos, die mir das Herz überlaufen lassen

und den Mund wässrig machen. Ich bin eine leidenschaftliche und sehr gute Köchin und koche selten nach Rezept. Mit diesem Buch aber sitze ich lange Nächte am Küchentisch, trinke Rotwein und koche im Kopf. Und wenn ich dann ins Bett gehe, bin ich schön satt und erinnere mich gerne an eine kurze, heftige Küsserei mit dem einen der Autoren und denke, dass sich Sinnlichkeit halt nie nur auf einer Ebene zeigt.

Und da ich mit vollem Magen immer schlecht schlafe, nehme ich den Band mit Rilke-Gedichten zur Hand. Die sind so schön und «ewig», dass jeder Mensch ab und zu darin herumlesen und sich entführen lassen sollte. Es gibt verschiedene Taschenbuchausgaben; Literaturangaben erübrigen sich. Dafür ein «Müsterli» von schlichter Schönheit:

Zum Einschlafen zu sagen
Ich möchte jemanden einsingen,

bei jemandem sitzen und sein.

Ich möchte dich wiegen und kleinsingen

und begleiten schlafaus und schlafein.

Ich möchte der Einzige sein im Haus,

der wüsste: die Nacht war kalt.

Und möchte horchen herein und hinaus

in dich, in die Welt, in den Wald.

Die Uhren rufen sich schlappend an,

und man sieht der Zeit auf den Grund.

Und unten geht noch ein

fremder Mann

und stört einen fremden Hund.

Dahinter wird Stille. Ich habe gross

die Augen auf dich gelegt;

und sie halten dich sanft und lassen dich los,

wenn ein Ding sich im Dunkel bewegt.

Literaturangaben:

Carlo Bernasconi / Christian Teubner: italienisch kochen. Teubner Edition. Fr. 90.00

Henning Mankell: Diverse Titel

Mai Sjöwall und Per Wahlöö: Diverse Titel vor allem bei Rowohlt im Taschenbuch

Rainer Maria Rilke: Diverse Titel



Filmkritik

Thomas Ulrich

«Magnolia» - das ist der Name eines Boulevards, der mitten durch das San Fernando Valley führt. An einem ereignisreichen Tag kreuzen sich hier die Wege von acht empfindlich verletzten Seelen. Die Figuren scheinen erst willkürlich gewählt, doch aus den Schicksalen kristallisiert sich bald eine fast symmetrische Ordnung.

So liegt Familienpatriarch und Fernsehmagat Big Earl Partridge im Sterben, und während seine Frau Linda an dem bevorstehenden Verlust zu zerbrechen droht, möchte Partridges Pfleger Phil den letzten Wunsch des alten Mannes erfüllen: er will dessen verlorenen Sohn Frank ausfindig machen. Aber Frank T.J. Mackey, ein berühmter und egozentrischer Sexguru, hat ein für alle mal mit dem Vater gebrochen.

Auch Jimmy Gator, Moderator von Partridges erfolgreichster Game-Show, weiss, dass er nicht mehr lange zu leben hat, und seine entfremdete Tochter Claudia will ebenfalls nichts von einer Aussöhnung wissen. Dafür verliert die junge kokainabhängige Frau bald ihr Herz an den unsicheren L.A. Cop Jim Kurring.

Währenddessen hadert auch das Gameshow-Wunderkind Stanley Spector mit seinem unliebenden Vater. Und Donnie Smith, einst wie Stanley als Kindergenie gefeiert, findet sich vor den Trümmern eines verkorkten Lebens wieder.

Dann beginnt es zu regnen...

Das Drehbuch, das vom Regisseur P. T. Anderson selbst geschrieben wurde und ihm eine Oscarnomination brachte, ist so reich an Material und detailliert gezeichneten Figuren, dass es fast unmöglich gewesen wäre, den Film unter drei Stunden abzdrehen. Es gibt neun gleichwertige Rollen, die alle perfekt besetzt sind. Da wären z.B. die beiden besten Nebendarsteller, die es zur Zeit gibt, nämlich Philip Seymour Hoffman («Boogie Nights», «The Big Lebowski»), «Happiness», «The Talented Mr. Ripley») und William H. Macy («Fargo», «Boogie Nights», «A Civil Action», «Happy, Texas»). Der erste spielt den Pfleger Phil Parma, dessen Figur, als einzige ohne Schuld oder emotionale Last, das asymmetrische Element des Filmes bildet. Mit Julianne Moore («Short Cuts», «Boogie Nights», «Cookie's Fortune», «An Ideal Husband») wurde ebenfalls die beste Nebendarstellerin verpflichtet.

Tom Cruise darf nicht unerwähnt bleiben: In einer Darstellung, die für einen Star seines Formats ziemlich mutig ist, explodiert er hier förmlich. Wie die selbstgefällige Fassade des coolen Machos mit Pferdeschwanz bei einem Interview Brüche bekommt, und er sich schliesslich dem Mann stellt, den er Zeit seines Lebens verachtet hat, wird unglaublich intensiv vorgeführt. Für seine Vorstellung gab es denn auch schon den Golden Globe, sowie eine Oscarnomination.

Auch stilistisch wird einiges geboten und natürlich wurde alles sehr sauber ausgeführt. Die Hektik des Fern-

sehstudios wird in langen Kamerafahrten vermittelt, bei denen die Steadicam Dutzende von Leuten verfolgt, die sich die Klinken in die Hand geben. Anderson findet immer die adäquaten



Mittel. Dabei fallen ihm auch einige neue Dinge ein. Der Soundtrack beispielsweise ist äusserst eng mit dem Film verwoben. In einer Schlüsselszene lässt Anderson sogar jeden Charakter des Films den Song «Wise Up» von Aimee Mann mitsingen, und an mehreren Stellen ist die Musik lauter als der Dialog abgemischt. Mindestens Letzteres ist neu. Den selbstmörderischen Sprung vom Hausdach wie ein Footballspiel mit Pfeilen und Kreisen zu kommentieren, ist ebenfalls ziemlich originell. Und dann beginnt es auch noch zu regnen!

«Magnolia»

Regie/Buch: Paul Thomas Anderson.

Darsteller: Jason Robards, Julianne Moore, Tom Cruise, William H. Macy uva.

USA 1999, CinemaScope, Dolby Digital, 189min.

Verleih: Rialto Films AG

Start CH-D: 13.4.00



Kontrastprogramm in der SP-Arena zur Bildungspolitik: Dort ein Buschor, dem das Interesse an bildungspolitischen Fragen buchstäblich aus seinem mächtigen Körper sprudelt, dem die Begehrde nach Erkenntnissen für die Schule der Zukunft in jeder Phase und Faser seiner Gedanken spürbar wird, der sich nicht nur innovationsfreudig, sondern auch lernfähig zeigt, wenn es darum geht, seine früheren Überrollmanöver selbstkritisch zu hinterfragen. Da ein Zuger Suter, von dem angesichts des Zürcher Schwergewichts nicht nur körperlich beinahe nichts mehr zu sehen war. Dort vertiefte Analyse gepaart mit dem Wunsch, die Schule in die Zukunft zu führen - hier nichtssagende Worthülsen, gepaart mit der Ausstrahlung lästiger Pflichterfüllung. Den Zuger Schulen ist nach 10-jähriger Öde ein(e) Bildungsdirektor(in) mit Liebe zur Schul-Sache zu wünschen. Halbes «Format Buschor» würde genügen.

Das liebste Kind des Zuger Bildungsdirektors ist bekanntlich nicht die Schule, nein allein der Majorz und die Jagd vermögen seine Arbeitsgeister zu wecken. Auf seiner Jagd nach wissenschaftlichen Mitarbeitern mit Hochschulabschluss für seine Bildungsdirektion hat Suter hingegen regelmässig Ladehemmung. Dann «helfen» ihm die Jagdgründe der CVP aus dem Personalschlamm. Wenn der politische Majorz schon baden geht, dann soll zumindest die CVP-Majorisierung in der Verwaltung vorankommen: Ob Hitz, ob Schär, ob Wohlwend - Personalmanagement by Parteibuch ohne End!



Auch die Volkswirtschaftsdi- rektion ist manchmal über- fordert. Grössere öffentliche Aufträge müssen neuer- dings - GATT sei Dank - inter- national ausgeschrieben werden. Dem trägt ein zwei- sprachiger Amtsblatttext für die bevorstehende Diesell- busbeschaffung Rechnung. Das français zougois liest sich dann folgendermassen: resumé statt résumé, urban statt urbain, remises statt re- mise, des six à sept statt de six à sept, adjuction statt ad- judication etc.

Überforderung bei den um- verkehrts-AktivistInnen: SP- Bundesrat Leuendanners Kampagne gegen die Ver- kehrshalbwertungsinitiative - gipfelnd in einem Bundes- büchlein-Text, der gerade so gut aus der Feder von SVP- Spediteur Giezenberger hät- te stammen können - war fast nicht anzukommen. Die Verleumdungen aus Bern (Fahrverbot für über 65- jährige und unter 21-jährige etc.) kosteten die Initiative wahrscheinlich genau die Prozentpunkte, die es für ei- nen Achtungserfolg noch gebraucht hätte.



MO 3.4. FLIZ-Filmclub:
„West Beyrouth“
20h, Kino Gotthard, Zug.

MI 5.4. Bilaterale Verträge
20h, Herti Forum, Zug
Diskussion und Parolenfas- sung der SGA.

Pro: Bruno Bollinger, Präsi- dent Zuger Gewerkschafts- bund

Kontra: Paul Ruppen, Fo- rum für direkte Demokratie und Redaktor des Europa- Journals

Experte: Alf Arnold, (Alpen- initiative) zum Landver- kehrsabkommen und den Folgen für den Alptransit (Umsetzung Alpeninitiative)

SA 8. 4. Workshop
«zukunftsgerichteter Verkehr im Kanton Zug»

Dachzimmer der Stadtbib- liothek Zug
Die Alternative Kantonsrats- fraktion und die Gemeinderats- fraktion SGA/Parteilose laden ein.

10:00 - 12:00
Auslegeordnung:
- Wo stehen wir heute / Was ist in der Pipeline?
- Wie weit ist die Erarbeitung des neuen kantonalen Ge- samtverkehrsrichtplanes?
- Die Etappen der S- Bahn/Stadtbahn?
- Wo steht die Umsetzung der Planungsstudie Stadtver- kehr Zug

Referenten:
René Hutter, Kantonsplaner
Martin Bütikofer, Leiter Amt für öffentlichen Verkehr

12:00 - 13:30
Mittagessen

13:30 - 15:45
Bausteine für eine zukunfts- gerichtete Verkehrspolitik im Kanton Zug

Referent:
Werner Toggenburger, Mo- bilitätsmanagement Stadt Zug

Leitung des Workshops:
Martin Stuber, Gemeinderat
Der Workshop ist öffentlich, der Eintritt frei

Anmeldung für das Mittag- essen senden an: Alternati- ve, Postfach 4805, 6304 Zug
Telefon 041 710 13 15
E-Mail: sga-zug@sga-zug.ch

MI 12.4. Referat «Krieg in Tschetschenien»

20h, Konferenzzimmer des Casino Zug

Was sind die Hintergründe des zweiten völkerrechtswid- rigen Krieges innerhalb ei- nes Jahres?

Referat von Vicken Cheteri- an, Journalist armenischer Herkunft, im Libanon aufge- wachsen.

Heute lebt er in der Schweiz und veröffentlicht vor allem in «Le monde diplomatique» und in der «Neuen Zürcher Zeitung». Er engagiert sich im Kaukasus mit einem Pro- jekt für professionellen und unabhängigen Journalismus. Unterstützende Organisati- onen: GsoA & SGA

FR 14.4. Ordentliche GV des VCS Sektion Zug

19h, Restaurant Bären, Zug.

FR 12. 5. Jahresversammlung der SGA

18.00 Uhr im Dachzimmer der Stadtbibliothek in Zug
20.00 Uhr gemeinsamer Apero mit anschliessendem Abendessen im Colonia.

SA 20.5. GV-Integrationsnetz
19.30h, Restaurant Guggital, Zug.

SA 20.5. Frühlingsfest der Rudolf Steiner Schule
Ab 9.00, Landsgemeinde- platz Zug.



Namentlich gezeichnete Arti- kel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorIn- nen.

Bulletin Nr. 17, 2000, März 2000, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro Bulletin

Adresse: Das Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug. E- Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Gestaltungskonzept:
Urs Bachmann

Titelbild: Brigitte Weiss

Belichtung und Druck:
ropress Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, her- gestellt aus 100% Altpapier, entfarbt

Auflage: 1300

Abonnements: Fr. 20.- Kleinver- dienerInnen Fr. 10.- Mitglieder- beitrug Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss :

Nr. 2/2000: Freitag, 16. Juni 2000

Erscheinungsdatum:

Donnerstag, 29. Juni 2000

«Das Bulletin» im Internet un- ter

www.sga-zug.ch/bulletin

AZB 6304 Zug

Adressänderungen und Retouren an SCA, Postfach 4805, Postfach 6304 Zug

Ostern kann ganz schön
an die Eier gehen

